

Werk

Titel: Die deutsche Silberkommission

Autor: Lexis, W.

Ort: Jena

Jahr: 1894

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345616359_0063|log131

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

XVI.

Die deutsche Silberkommission.

Von W. Lexis.

Als der Reichskanzler seine Absicht kundgab, eine Enquêtekommision einzuberufen, die über Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwertes beraten solle, war es wohl ziemlich übereinstimmend die Meinung aller Parteien, daß die Regierung mit diesem Schritte den Zweck verfolge, die durch den deutsch-russischen Handelsvertrag hervorgerufene tiefgehende Aufregung und Beunruhigung der agrarischen Kreise einigermaßen zu beschwichtigen. Die Anhänger der Goldwährung hofften, daß es sich nur um einen Schachzug handele, der bestimmt sei, der Regierung in einer besonders schwierigen und kritischen Periode Luft zu verschaffen, voraussichtlich aber ohne praktische Folgen bleiben werde. Auch die Bimetallisten waren geneigt, die Sache in diesem Sinne aufzufassen; sie gaben ihr Mißtrauen indes teilweise auf, nachdem der preussische Landwirtschaftsminister am 18. Januar 1894 im Herrenhause eine Erklärung abgegeben hatte, die sie als ein wichtiges Zugeständnis in ihrem Sinne deuten zu dürfen glaubten. Herr v. Heyden erklärte nämlich im Namen der preussischen Staatsregierung, „daß bei der von dem Herrn Reichskanzler angekündigten Enquête nicht beabsichtigt werde, die gesamte Währungsfrage, wie sie sich in den Gegensätzen von Gold- und Doppelwährung darstelle, nochmals von Grund aus wissenschaftlich pro et contra zu erörtern; in dieser Beziehung liege schon ein überreiches Material vor; die Enquête sei vielmehr als ein ernstlicher Versuch zu betrachten, die Währungsfrage aus dem Gebiet der theoretischen Diskussion auf den Boden praktischer Vorschläge überzuführen“.

Graf Mirbach beeilte sich, aus diesen Worten die Konsequenz zu ziehen, daß die Staats- und auch die Reichsregierung das Prinzip der internationalen Festsetzung eines Wertverhältnisses der Edelmetalle anerkenne und daß es sich nur noch darum handele, die gegen die Durchführung desselben und in betreff der Wahl der Relation noch bestehenden Bedenken zu heben und Uebergangsmaßregeln zu treffen. Die Vertreter Deutschlands auf der Pariser Münzkonferenz von 1881 hätten ja bereits erklärt, sie hielten es durchaus für möglich, daß durch eine Vereinbarung zwischen den großen in der Konferenz vertretenen Ländern eine Relation zwischen Gold und Silber nach festem Verhältnis herbei-

geführt werde. Als Prinzip genüge das vollkommen und demnach sollte die Enquête nach Graf Mirbach's Ansicht nur die Aufgabe haben, „praktische Vorschläge zu machen, um eine international acceptierte Relation zwischen Gold und Silber anzubahnen“. Er hat sich später, nämlich in der Erklärung seines Austritts aus der Silberkommission, darauf berufen, daß seine Ausführungen im Herrenhause keinen Widerspruch von seiten der Staatsregierung gefunden hätten, doch gab er zu, daß die darauf folgenden Aeußerungen des Reichsbankpräsidenten seiner Auffassung und, wie er annimmt, auch den Erklärungen der Staatsregierung widersprochen hätten. Für das unbefangene Urteil aber dürfte es doch völlig klar sein, daß in den Worten des Landwirtschaftsministers nichts weniger als das Zugeständnis liegt, daß Deutschland prinzipiell einem bimetallistischen Staatenbunde beizutreten bereit sei und daß nur noch über die Einzelheiten des Vertrags und die Uebergangsmafsregeln zu beraten sei. Am wenigsten aber läßt sich diese Anschauung durch die Erklärungen der deutschen Delegierten auf der Pariser Münzkonferenz begründen. Diese Erklärung (in der Sitzung vom 5. Mai 1881) lautete: „Nous reconnaissons sans réserve qu'une réhabilitation de l'argent est à désirer, et qu'on pourrait y arriver par le rétablissement du libre monnayage de l'argent dans un certain nombre des états les plus peuplés représentés à cette conférence, qui, à cette fin, prendraient pour base un rapport fixe entre la valeur de l'or et celle de l'argent.“

Allerdings ist dies ein wichtiges Zugeständnis an die bimetallistische Theorie, aber schon der obige Wortlaut läßt ahnen, daß Deutschland selbst zu der „großen Anzahl von Staaten“, die das Experiment machen könnten, nicht gehören wollte. In der That heifst es dann auch weiter: „Néanmoins, l'Allemagne, dont la réforme monétaire se trouve déjà si avancée et dont la situation monétaire générale ne semble point inviter à un changement de système d'une aussi vaste portée, ne se voit pas à même de concéder, pour ce qui la concerne, le libre monnayage de l'argent. . . . Le gouvernement impérial se voit, d'autre part, tout disposé à seconder de son mieux les efforts des autres Puissances, qui voudraient se réunir en vue d'une réhabilitation de l'argent par le moyen du libre monnayage de ce métal“.

Nun werden die Zugeständnisse aufgeführt, die Deutschland zur Unterstützung der Bestrebungen der übrigen Staaten zu machen bereit sei. Und wie lauten diese? Während „einiger Jahre“ will das Reich die Silberverkäufe ganz einstellen und während einer „période d'une certaine durée“ will es nur eine beschränkte und so geringe Quantität Silber verkaufen, daß der Markt dadurch nicht belastet werde. Die Feststellung dieser beiden Fristen soll Gegenstand weiterer Unterhandlungen sein. Vielleicht würde sich Deutschland entschließen, dem Silber mehr Raum in seiner Cirkulation zu schaffen und zwar durch Einziehung der goldenen Fünfmarkstücke und der Reich-kassenscheine von 5 Mark und etwa auch noch durch Umprägung der silbernen Fünf- und Zweimarkstücke nach einem der Relation 1:15 $\frac{1}{2}$ nahe kommenden Wertverhältnis, während sie gegenwärtig nach dem Verhältnis von ungefähr 1:14 geprägt sind. Und zum Schluß sagen die Delegierten ganz ernsthaft: „Voilà, Messieurs,

les concessions que le gouvernement impérial vous proposerait et dont ses Délégués sont prêts à discuter la portée et les détails d'exécution."

Zur Beleuchtung dieser „Konzessionen“ muß man sich erinnern, daß damals die deutschen Silberverkäufe thatsächlich schon seit 2 Jahren eingestellt waren, weil man den Preis von 51—52 Pence für zu verlustbringend hielt. Hätten Frankreich, die amerikanische Union und einige andere Staaten eine gemeinsame Doppelwährung angenommen, so würde ohne Zweifel das Wertverhältnis 1:15 $\frac{1}{2}$ so lange annähernd aufrecht erhalten worden sein, daß Deutschland allmählich den Rest seines Thalersilbers ohne nennenswerten Verlust hätte verkaufen können. Die goldenen Fünfmarkstücke hatten sich bereits als unzweckmäßig erwiesen und wurden nicht mehr geprägt; die Ersetzung der Reichskassenscheine von 5 M. durch Zwanzig- und Fünfzigmarkscheine wäre ebenfalls kein Opfer gewesen und dasselbe gilt von der Verbesserung des inneren Gehaltes der Reichssilbermünzen von 2 und 5 M. Trotz der theoretischen Anerkennung des bimetallistischen Prinzips liefen also die Vorschläge der deutschen Delegierten praktisch auf die volle Durchführung der deutschen Goldwährung unter möglichst günstigen Bedingungen hinaus. Deutschland machte also in „Bimetallismus für die Ausfuhr“, wie England dies ebenfalls seinen Interessen entsprechend findet. Aber was geschah? Fürst Bismarck fand, daß jene „Zugeständnisse“ noch zu weit gegangen seien und er veranlaßte eine nachträgliche starke Einschränkung der Tragweite derselben. In der Sitzung vom 17. Mai 1881 sagte Herr v. Thielmann in Bezug auf die frühere Erklärung: „Cette déclaration ne contient point des offres faites par le Gouvernement impérial aux Puissances représentées ici. M. M. les Délégués de l'Allemagne se sont bornés à émettre cette opinion, que peut-être l'Empire allemand pourrait prendre en considération des concessions en vue d'un arrangement éventuel qui serait de nature à relever le prix de l'argent. Comme ils l'ont dit, l'intérêt de l'Allemagne dans cette question n'égale point celui de plusieurs autres Puissances. Les décisions ultérieures du Gouvernement impérial, ainsi qu'ils l'ont loyalement indiqué, ne sont préjugées ni par sa participation à cette conférence, ni par les observations de ses Délégués.“

Daß Fürst Bismarck diese berichtigende Erklärung persönlich veranlaßt hat, ist am 12. Dezember 1892, wie Bamberger in der Silberkommission in Erinnerung brachte, von dem Reichskanzler Grafen Caprivi aktenmäßig festgestellt worden. Eigenhändig schrieb Bismarck u. a. über jene „Verheißungen“: „Sie enthalten nichts, was nicht von uns bewilligt werden könnte; aber die Kundgebung der Bereitwilligkeit dazu ist verfrüht und in der Form fast ein Versprechen. Sie ist geeignet, bei den auf-er-deutschen Delegierten mißverständliche Meinungen über die Opfer zu erwecken, welche Deutschland zur Förderung eines Arrangements zu bringen bereit ist.“ Diesem Standpunkt entsprechend haben sich denn auch die Vertreter Deutschlands auf der Brüsseler Münzkonferenz von 1892 durchaus passiv verhalten. Schon in der ersten Sitzung erklärte der deutsche Gesandte, daß das Reich mit seinem Münzsystem zufrieden sei und nicht daran denke, es zu ändern. Und nun soll die Reichsregierung oder wenigstens die Regierung des größten Bundesstaates nach der

Ansicht des Grafen Mirbach im Anfang des Jahres 1894 an die Möglichkeit gedacht haben, praktisch den Uebergang zum internationalen Bimetallismus vorzubereiten! Das äußerste, was man aus der früheren Haltung der Reichsregierung schliessen könnte, war doch nur dies, daß das Reich bereit sein würde, falls andere Staaten die Doppelwährung annehmen oder irgend welche andere Mafsregeln zur Hebung der Silberwährung treffen wollten, seinerseits diese Bestrebungen durch gewisse Zugeständnisse an das Silber zu unterstützen, ohne aber von dem Prinzip der einfachen Goldwährung abzuweichen. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Reichsregierung ernstlich die Absicht hatte, falls die Beratungen der Silberkommission einen gangbaren Weg in diesem Sinne aufweisen sollten, diesen auch wirklich zu betreten, daß für sie also die Einberufung der Kommission keineswegs ein bloßes Auskunftsmittel in einer momentanen Verlegenheit sein sollte.

Die Bimetallisten blieben jedoch bei der Auffassung, daß die Kommission entweder den Uebergang zur internationalen Doppelwährung vorbereiten müsse oder daß sie überhaupt keinen Zweck habe. Sie waren daher auch mit der Zusammensetzung der Kommission sehr unzufrieden, weil sie das Zustandekommen einer bimetallistischen Majorität nicht erwarten liefs¹⁾. Daher nahm Graf Mirbach an der ersten Sitzung der Kommission (am 22. Februar 1894) nur teil, um zu erklären, daß er bei der gegebenen Zusammensetzung der Kommission seine Beteiligung an den Arbeiten derselben für zwecklos halte und daher ausscheide. Nach seiner Meinung dürfte die Kommission nur aus Männern zusammengesetzt sein, die auf dem Boden ständen, daß sie das Silber als vollwertiges Münzmetall acceptierten. Herr v. Kardorff indes erklärte, daß er und die übrigen bimetallistischen Mitglieder, wenn sie auch die Gründe des Austritts des Grafen Mirbach vollständig würdigten, doch den Versuch machen wollten, die Informationen zu geben, die die Regierung zu haben wünsche, in der Hoffnung, daß vielleicht etwas Praktisches und Nützliches aus den Beratungen der Kommission hervorgehen könne. In der That lag für die Bimetallisten, wenn sie auch in der Minderheit waren, kein Grund vor, ihre Mitarbeit zu verweigern, da Mehrheitsbeschlüsse, wie der Vorsitzende, Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky, von vornherein erklärt hatte, überhaupt nur in Bezug auf den äußeren Gang der Verhandlungen, nicht aber über das Materielle der Vorschläge gefaßt werden sollten. Jeder

1) Die Mitglieder der Kommission waren: a) Bimetallisten: Abgeordneter Dr. Arendt, Abg. v. Kardorff-Wabnitz, Geh. Bergrat Leuschner, Bankdirektor Neustadt, Dr. Freiherr v. Schorlemer-Alst, später durch den Abg. von Schalscha ersetzt, Graf Mirbach, an dessen Stelle der Fabrikant O. Wülffing trat; b) Vertreter der Goldwährung: Dr. Bamberger, Generalsekretär Bueck, Bankdirektor Büsing, Abg. Dr. Hammacher, Prof. Dr. Lotz, Kaufmann A. O. Meyer (durch Bankdirektor Brüssel ersetzt, der aber ebenfalls austrat und nicht ersetzt wurde), Generalkonsul Russell, Bankdirektor Dr. Ströhl; c) in vermittelnder Stellung: Bankdirektor Königs und Prof. Dr. Lexis. Als Regierungskommissare waren bestellt von seiten des Reichs die Geheimenräte Dr. v. Glasenapp, Hartung, Herzog, von seiten Preußens die Geheimenräte Dr. Ullmann, Dr. Hauchecorne, Dr. Wentzel und die Regierungsräte Dr. v. Guenther und Lusensky, von seiten Bayerns: Ministerialdirektor Fähr. von Stengel und Ministerialrat von Landmann, von seiten Sachsens: Geh. Bergrat Prof. Dr. Zirkel, von seiten Württembergs: Bergrat und Münzwarden Dr. Klüpfel.

einzelne Vorschlag würde seitens der Reichsregierung zum Gegenstand eingehender Prüfung gemacht werden.

Was im übrigen den Inhalt der einleitenden Ansprache des Vorsitzenden betrifft, so giebt sie den Standpunkt der Reichsregierung klar zu erkennen: sie verschleierte sich nicht der Erkenntnis, daß die seit etwa 20 Jahren eingetretene fortgesetzte starke Entwertung des Silbers auch für Deutschland, namentlich für seine Silbervorräte und Silbermünzen, für seinen Bergbau und seine Handelsbeziehungen von weittragender Bedeutung sei. Obgleich Deutschland sich in sicherem Besitz der Goldwährung befinde, erkenne die Reichsregierung doch in der zunehmenden Silberentwertung eine ernste wirtschaftliche Frage, die eingehender Prüfung bedürfe. Es sei daher auch schon im vorigen Jahre eine Kommission von Vertretern verschiedener Ressorts gebildet worden, die nach einem vorgeschriebenen Programm die Frage hätte behandeln sollen. Um aber den aus wirtschaftlichen Kreisen geäußerten Wünschen entgegenzukommen, habe der Reichskanzler beschlossen, diese Untersuchung durch die Einberufung einer Kommission von Sachverständigen verschiedener Lehrmeinungen und Berufsstände auf eine breitere Grundlage zu stellen und dieser Kommission insbesondere die Prüfung der Frage zu übertragen, ob und eventuell durch welche Mafsregeln es ausfahrbar erscheine, den Wert des Silbers wieder zu heben und zu befestigen.

Der sichere Besitz der Goldwährung wird also betont, die Frage, ob überhaupt Mafsregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwertes möglich seien, wird keineswegs von vornherein bejaht, sondern eben als der zu untersuchende Punkt bezeichnet und über die Gröfse der möglichen Hebung wird gar nichts gesagt, also die Wiederherstellung des alten Silberwertes keineswegs in Aussicht genommen.

Die Regierung erwartete also, daß aus dem Schofse der Kommission Vorschläge zur Beratung gestellt würden. Daher fand nach der Eröffnungssitzung eine Vertagung statt, um den Mitgliedern Zeit zu geben, etwaige Anträge zu formulieren und einzureichen. Von seiten der Goldwährungspartei war natürlich nichts von dieser Art zu erwarten; sie betrachtete sich überhaupt als den angegriffenen Teil und hielt sich lediglich auf der Defensive. Die Bimetallisten hätten am liebsten purement et simplement die internationale Doppelwährung mit dem Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ beantragt und sie legten daher in der That zunächst nochmals den von den Grafen Kanitz und Mirbach im Reichstag eingebrachten Entwurf eines Münzgesetzes vor, das die freie Silberprägung nach dem Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ einführt, jedoch erst auf Grund einer vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassenden Verordnung in Kraft treten soll, wenn auch andere Großstaaten zur freien Silberprägung übergegangen sind. Jedoch wird schon für die Zwischenzeit eine beschränkte Silberprägung auf Rechnung der Bundesstaaten in Aussicht genommen, und zwar sollen zunächst 75 M. auf den Kopf, d. h. rund 3750 Mill. M. zur Prägung zugelassen werden! Es würde dann also schon in einigen Jahren mehr Silber- als Goldgeld im Umlauf sein, ganz abgesehen davon, daß in der Uebergangszeit, bevor die übrigen Staaten ebenfalls die Silberprägungen aufnahmen — (die aber gar keine Veranlassung hätten, unter

solchen Umständen dem deutschen Beispiel zu folgen) das Gold infolge der Geldinflation abfließen würde. Charakteristisch für diesen Entwurf ist auch, daß er keinen internationalen Vertrag einschließt. Deutschland soll einfach sagen, es werde dieses Gesetz in Kraft setzen, sobald andere Großstaaten ebenfalls die Silberprägung — natürlich nach demselben Wertverhältnis — freigäben. Herr von Kardorff hat in der Kommission wiederholt erklärt, daß auch er die faktische Herstellung der internationalen Doppelwährung ohne besonderen Vertrag für das richtigere Verfahren halte.

Da indes dieser radikale Kanitz'sche Antrag in der Kommission und auch wohl bei der Reichsregierung einen gar zu ungünstigen Boden gefunden hätte, so reichten die Herren Dr. Arendt, v. Kardorff, Leuschner und Wülfing einen Vorschlag zu Uebergangsmafsregeln ein. In demselben wird erklärt, daß die Hebung und Festlegung des Silberwertes die Durchführung der internationalen Doppelwährung erfordere. Um diese herbeizuführen sei seitens des Deutschen Reiches eine internationale Münzkonferenz nach Berlin einzuberufen und dieser ein Doppelwährungsvertrag vorzulegen. Die Kommission habe diesen Vertrag vorzubereiten und dabei sei zu erwägen, ob derselbe ohne England sofort oder mit England nach dessen Beitritt in Kraft treten solle. Der Münzkonferenz seien Uebergangsmafsregeln zur Hebung des Silberwertes vorzuschlagen, welche die Antragsteller später der Kommission vorlegen würden.

Ferner wurde ein halbbimetallistischer Vorschlag, der später ebenfalls als Uebergangsantrag bezeichnet wurde, von dem Bankdirektor Neustadt eingereicht, der u. a. die Bestimmung enthielt, daß die Vertragsstaaten die Silberbergwerke in ihren Landesgebieten auf gemeinschaftliche Rechnung ankaufen und verwalten lassen sollten, oder daß sie, wenn diese Erwerbung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieße, wenigstens den Ankauf des in ihren Gebieten gewonnenen Silbers monopolisieren sollten.

Ein Vermittlungsantrag des Bankdirektors König stellte eine Modifikation des von demselben Verfasser ausgegangenen Vorschlags dar, über den an dieser Stelle vor kurzem (Bd. VII, S. 482) berichtet worden ist. Nach demselben sollen möglichst viele Staaten sich vereinigen, um die bisherigen Silberkurant- und größeren Scheidemünzen durch Münzen mit unbeschränkter Zahlungskraft innerhalb des Emissionslandes zu ersetzen, die nach dem Wertverhältnis 1:24 zu prägen wären. Ausserdem soll jeder Staat sich verpflichten, von den Silberprägungen einen Schlagschatz von wenigstens 10 Proz. zu erheben, den er nach Belieben auch jederzeit bis 20 Proz. erhöhen könnte. Die Münzstätten der kontrahierenden Staaten sollen Silber von Privaten zur Prägung annehmen, jedoch brauchen sie nicht mehr als jährlich eine Mark für den Kopf der Bevölkerung zu prägen, und diese Prägung muß entsprechend der Ablieferung des Münzmetalls in gleichmäßigen Monatsraten erfolgen. Die indischen Münzstätten müßten wieder der freien Silberprägung geöffnet werden. Noch weniger entfernte sich der von mir vorgelegte Antrag von dem bestehenden deutschen Münzsystem. Deutschland soll hiernach den übrigen beteiligten Staaten mitteilen, daß es bereit sei, zunächst 10 Jahre hin-

durch jährlich eine bedeutende Quantität neues Feinsilber zur Prägung zu verwenden, wenn die anderen Staaten sich ihrerseits ebenfalls zur Ausmünzung angemessener, in den Verhandlungen noch näher festzustellenden Silberquantitäten verpflichteten. Dabei sollte jeder Staat in den näheren Bestimmungen über diese Prägungen, über die Wahl des Wertverhältnisses, den etwaigen Schlagschatz u. s. w. völlig freie Hand behalten, wenn er sich nicht etwa freiwillig dem von Deutschland angenommenen System anschliesse.

Für Deutschland aber wurde nun empfohlen, mindestens die Thaler und die silbernen Fünfmarkstücke nach dem Wertverhältnis 1:21 zu Zweiundeinhalbmarkstücken umzuprägen. Besser wäre es allerdings, wenn auch die Zweimarkstücke der Umprägung unterworfen würden, in welchem Falle die neuen schweren Silbermünzen, die man mit einem bereits von Soetbeer gebrauchten Ausdruck als Hauptsilbermünzen bezeichnen könnte, den Nennwert von zwei Mark erhalten würden.

Die Hauptsilbermünzen, die als Zweiundeinhalbmarkstücke einen Gehalt von 18,817 und als Zweimarkstücke einen solchen von 15,054 g Feinsilber besitzen würden, sollen von allen öffentlichen Kassen unbeschränkt angenommen werden, Privaten gegenüber aber gesetzliche Zahlungskraft bis zu 1000 M. besitzen, und im Barvorrat der Reichsbank und der übrigen Notenbanken als vollgiltiges Deckungsmittel bei der Bestimmung der steuerfreien Notenreserve angerechnet werden, wie dies gegenwärtig ja auch mit den Scheidemünzen geschieht. Ihr Gesamtumlauf soll, natürlich nur durch Prägung für Rechnung des Reiches, über den Gesamtnennwert der einzuschmelzenden Münzen um einen mäßigen Betrag hinausgehen, so daß im ganzen an Hauptsilber- und kleineren Silberscheidemünzen 20 M. auf den Kopf der Bevölkerung kommen würden, und zwar bei der beschränkteren Umprägung $12\frac{1}{2}$ M. in Münzen der ersteren und $7\frac{1}{2}$ M. in Münzen der letzteren Art. Nach dem weitergehenden Projekt würde die Kopfquote der ersteren $14\frac{1}{2}$ M. die der letzteren $5\frac{1}{2}$ M. betragen. Wird die Bevölkerung zu 50 Mill., der Thalervorrat zu 420 Mill. M., der Bestand an Fünfmarkstücken zu 53,3 Mill. M. angenommen, so ergibt sich für die Prägungen in diesem Umfange ein Bedarf von 1 950 000 kg Feinsilber, also bei einer Verteilung desselben auf 10 Jahre, von jährlich 195 000 kg. Würden auch die 111,7 Mill. M. in Zweimarkstücke umgeprägt, so könnte man in diesem Zeitraume jährlich etwa 216 000 kg neues Feinsilber verwenden. Das Reich behält sich das Recht vor, diese Prägungen zu vermindern oder einzustellen, wenn der Londoner Silberpreis über 40 Pence hinausgeht.

So weit reicht der eigentlich münzpolitische Vorschlag. Außerdem werden aber auch finanzielle Maßregeln empfohlen, weil voraussichtlich das Reich nicht geneigt sein würde, große Kosten auf die an sich kaum abweisbare Reform unserer Silbermünzen zu verwenden. Die Kosten der beschränkteren Umprägung würden sich infolge der Erniedrigung des Wertverhältnisses für das Silber auf 137, die des weiteren Projektes auf 174 Mill. M. belaufen. Man könnte nun zu diesem Betrage Münzscheine, etwa in Stücken von 5 und 10 Mark ausgeben, von denen ein großer Teil schon in den nächsten zehn Jahren aus dem Prägungsgewinn getilgt

werden könnte. Das Wertverhältnis entspricht dem Londoner Silberpreise von 44,9 Pence und wenn sich der thatsächliche Preis infolge der internationalen Maßregeln auf durchschnittlich 38 Pence, d. h. ungefähr den vor dem 26. Juni 1893 geltenden Jahresdurchschnitt stellte, so würde sich aus der in Aussicht genommenen Prägung in zehn Jahren ein Gewinn von etwa 39 Mill. M. ergeben. Da die Bevölkerung in diesem Jahrzehnt wieder um etwa 4 Mill. Einwohner zugenommen haben würde, so wäre wieder Raum für eine weitere Ausmünzung von 80 Mill. M. geschaffen, die wegen der darin mit enthaltenen stark unterwertigen kleinen Scheidemünzen einen weiteren Gewinn von 20 Mill. M. liefern würde. In der Folge würde allerdings der Münzgewinn nur mäßig sein, doch würde das Reich es wohl auch als zweckmäßig anerkennen, jährlich einige Millionen zur Beschleunigung der Einziehung dieser ungedeckten Münzscheine zuzuschießen. Uebrigens würde es sich empfehlen solche Münzscheine auch gegen Hinterlegung des gleichen Betrags in Hauptsilbermünzen auszugeben, um dem Publikum keinen Anlaß zu geben, über die Unbequemlichkeit dieser Münzen zu klagen. Hinsichtlich ihrer Zahlungskraft und ihrer Fähigkeit als Notendeckung zu dienen, wären die Münzscheine den Hauptsilbermünzen gleichzustellen.

Im ganzen müßten die an dem Vertrage sich beteiligenden Staaten annähernd die Gewichtsmenge Silber jährlich neu ausprägen, die bis zur Aufhebung der Sherman-Akte jährlich von den Vereinigten Staaten aufgenommen wurde. Wenn dann zugleich, was Voraussetzung des ganzen Systems ist, die indischen Münzstätten wieder für die freie Silberprägung geöffnet würden, so dürfte man mit genügender Sicherheit die Wiederherstellung des Silberpreises erwarten, der in der letzten Zeit vor der Einstellung der indischen Prägungen sich behaupten konnte, also etwa 38—39 Pence. Das Recht der Regierung, bei einem Silberpreise von mehr als 40 Pence die Prägungen zu beschränken oder einzustellen, hat nur den finanziellen Zweck, einen gewissen Münzgewinn zur Ausgleichung der durch die Reform entstehenden Kosten sicher zu stellen; wollte man darauf verzichten, so könnte der Silberpreis vielleicht einmal auch bis zu der dem Wertverhältnis 1:21 entsprechenden Höhe steigen. Sollte er sogar darüber hinausgehen, so würden Silbermünzen mit Gewinn eingeschmolzen werden können, was aber dem Reiche keinen Schaden, sondern Vorteil bringen würde, da es ja den größten Teil dieser Münze als Deckung für umlaufende Münzscheine in den Händen haben würde.

Von dem bimetallistischen Uebergangsvorschlag des Dr. Arendt, der erst später eingereicht wurde, wird unten die Rede sein.

Als die Kommission am 12. April wieder zusammentrat, beschloß man den Antrag Lexis zuerst in Beratung zu nehmen. Man begann also mit dem am wenigsten von dem Bestehenden abweichenden Vorschlag, während es in der Regel üblich ist, mit dem am weitesten gehenden den Anfang zu machen. Indes würde auch bei diesem letzteren Verfahren das Geschick meines Antrags wohl dasselbe geblieben sein. Es war mir auch selbst von vornherein völlig klar, daß derselbe weder bei den Vertretern der Goldwährung noch bei den Bimetallisten Anklang oder Zustimmung finden werde, da er den letzteren bei weitem nicht weit genug,

den ersteren aber viel zu weit ging. So haben denn auch in den dreitägigen Verhandlungen alle Mitglieder der Kommission außer dem Antragsteller mit mehr oder weniger Entschiedenheit gegen das Projekt gesprochen.

Der Haupteinwand der Goldwährungspartei wurde von den Kosten abgeleitet, die die Umprägung von 450—500 Mill. M. in Thalern und und größeren Silberscheidemünzen mit sich bringen würde. Mit diesem Opfer von 137 oder 174 Mill. M. ständen die zu erwartenden Vorteile in keinem Verhältnis; denn die neuen Silbermünzen blieben doch noch immer minderwertig, man könne gar nicht wissen, ob der Silberpreis auch nur bis 38 Pence steigen werde, zumal die Ankäufe nur für 10 Jahre vereinbart würden; noch weniger aber dürfe man eine Befestigung des Silberpreises erwarten, vielmehr würden dieselben Schwankungen möglich bleiben, wie sie vor der Schließung der indischen Münzstätten trotz der Sherman-Akte vorgekommen seien. Die Gefahr vollwertiger Nachprägungen unserer Silbermünzen sei nicht hoch anzuschlagen, jedenfalls sei der mögliche Verlust durch solche Fälschungen sehr klein im Vergleich mit mit den Kosten einer Umprägung.

Von seiten der Bimetallisten dagegen wurde es allerdings für sehr wahrscheinlich gehalten, daß mit der Zeit massenhafte Nachprägungen vollwertiger Silbermünzen stattfinden würden, zumal diese allem Anscheine nach in einigen Staaten, wenn es sich um fremde Münzen handle, nicht strafbar seien. Auch wurde mit großer Entschiedenheit die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes des deutschen Münzwesens betont, da die Thaler — etwa 400—420 Mill. M. — 55 Proz. und die Silberscheidemünzen — 470 Mill. — 60 Proz. unterwertig seien. Aber der Antrag Lexis könne keine Abhilfe schaffen; er sei nur eine verallgemeinerte Sherman-Akte, indem statt der Vereinigten Staaten allein eine Reihe von Staaten Silber ankaufen würden. Mit einem beschränkten Ankauf von Silber könne aber niemals ein befriedigendes Ergebnis erreicht werden; es müsse eine unbeschränkte Nachfrage nach Silber geschaffen werden, wie sie durch die freie Prägung gegeben werde. Aber selbst wenn der Preis von 38 Pence wieder erreicht würde, so wäre damit doch niemand zufriedengestellt. Im Anfang des Jahres 1893 habe dieser Preis bestanden und doch habe man auch damals allgemein die Wiederherstellung des Silberwertes verlangt und England habe die indischen Münzen geschlossen, weil es jenen Preis nicht für genügend erachtet habe.

Auf diese Einwendungen liefs sich freilich manches Berechtigte erwidern. Einen wirklichen neuen Verlust würde das Reich durch die Umprägungen der größeren Silbermünzen nicht erleiden, denn der Verlust ist infolge der inneren Entwertung dieser Münzen schon da und er wird bisher nur durch den Staatskredit verdeckt. Wenn die Reform sich auch nur auf die Thaler und Fünfmarkstücke erstreckte, so würde sich doch der in den Silbermünzen und den auszugebenden Münzscheinen enthaltene Kreditwert um 192 Mill. M. niedriger stellen, als die künstliche Ueberschätzung des gegenwärtig vorhandenen Silbermünzbestandes beträgt.

Uebrigens würde der größte Teil der Münzscheine, wie wir oben bemerkt, in den ersten zehn Jahren aus dem wahrscheinlich etwa 15 Proz.

betragenden Prägungsgewinn getilgt werden und wenn sich das System so lange bewährt hätte, so würde das Reich auch wohl eher geneigt sein, zur Verbesserung seiner Scheidemünzen besondere Aufwendungen zu machen.

Die Leichtherzigkeit, mit der man von seiten der Goldwährungspartei die jetzige enorme innere Unterwertigkeit unserer Silbermünzen hinnimmt, scheint denn doch nicht gerechtfertigt. Die von den Bimetallisten besonders betonte Gefahr der sogenannten „echten Nachprägung“ halte ich zwar nicht für sehr groß, doch wäre es immerhin wünschenswert, genauer festzustellen, ob wirklich in einigen Staaten die vollwertige Nachprägung fremder Münzen im Strafgesetz nicht vorgesehen sei. Angeblich sollen sich bei der Rücklieferung der italienischen Scheidemünzen viele nachgeprägte vorgefunden haben, doch fehlen darüber noch zuverlässige Nachrichten. Die Meldung, die mit den Jahreszahlen 1886 und 1887 versehenen Münzen seien unecht, weil Italien in diesen Jahren überhaupt keine solchen geprägt habe, war jedenfalls unbegründet, da nach dem italienischen „Statistischen Jahrbuch“ in beiden Jahren, 1887 sogar ungewöhnlich reichliche Scheidemünzprägungen stattgefunden haben. Die eigentliche Gefährlichkeit der stark unterwertigen Silbermünzen aber würde sich erst in kritischen Zeiten zeigen, namentlich wenn bei einem Kriege von längerer Dauer zu der — dann unvermeidlichen — Ausgabe von uneinlöslichem Papiergeld mit Zwangskurs geschritten werden müßte. Angenommen, es entstehe dann ein Goldagio von 10—15 Proz., so würde offenbar das innerlich 55—60 Proz. unterwertige Silbergeld einfach wie eine Vermehrung des Papiergeldes wirken, d. h. 1 Mark in Silber würde nicht gleich dem zehnten Teil einer Goldkrone, sondern einfach ebenso wie fünf Zwanzigpfennigstücke in Nickel gleich einer Mark in Papier gelten. So standen ja auch in Rußland und Oesterreich die stark unterwertigen Silberscheidemünzen immer in gleicher Linie mit dem Papiergelde und ebenso erzielt gegenwärtig in Spanien das Gold ein gleiches Agio gegen Kurantsilber wie gegen Papiergeld. In Italien standen bisher die Silbermünzen allerdings dem Golde gleich, weil sie in den übrigen Staaten des Münzbundes zu ihrem Nennwert ausgegeben werden konnten. In einiger Zeit wird sich dies wahrscheinlich in Bezug auf die italienische Scheidemünze ändern: wenn mit dem Ausschluss derselben aus den Nachbarländern voller Ernst gemacht wird und der Bevölkerung dies allmählich zum Bewußtsein kommt, so werden diese Münzen sich ebenfalls auf den Wert des Papiergeldes stellen, da die Ansammlung und die Verwendung desselben im Ausland dann keinen Gewinn mehr bringt. So würden also auch in Deutschland die 890 Mill. M. Silbergeld von vornherein im gleichen Niveau mit dem Papiergeld stehen und dem Sinken desselben wenigstens bis zu einer gewissen unteren Grenze folgen. Wenn freilich das Disagio 40 oder 50 Proz. erreichen sollte, so wäre das Vertrauen auf die Staatsfinanzen so sehr erschüttert, daß dann selbst die 60 Proz. unterwertigen Scheidemünzen wieder einen gewissen Vorsprung vor dem Papier erhalten würden, weil sie dann doch wenigstens 40 Proz. ihres Nennwertes in ihrem Stoffe selbst trügen. In jedem Falle aber würden die Mafse der stark entwerteten Silbermünzen das Steigen des Goldagios beschleunigen, da sie den Raum für die Papiergeldemission beengen und

die Ausgabe von einer Milliarde der letzteren auf den Goldpreis von vornherein wie die Ausgabe von 1900 Mill. wirken würde. Eine mäßige Unterwertigkeit der Scheidemünzen dagegen wird bei Entwertung des Papiergeldes nicht in Anschlag gebracht: diese Münzen gelten dann dem Golde gleich und werden wie dieses aus dem Verkehr gezogen. Dies war 1871 in Frankreich der Fall, wo die Silberscheidemünzen mit $7\frac{1}{2}$ Proz. Unterwertigkeit einen höheren Wert behaupteten, als das Papiergeld, obwohl die Goldprämie nur 2 bis höchstens 3 Proz. betrug: diese Münzen wurden eben wie das Gold als Reserve in den Kassen zurückgehalten und im Verkehr entstand ein solcher Mangel an ihnen, daß zwei Bankgesellschaften sich entschlossen, private vollgedeckte Noten von 1 und 2 Frcs. auszugeben. Nehmen wir nun an, auch die deutschen Silbermünzen seien nur 10 bis höchstens 15 Proz. unterwertig, so würden sie bei einem Goldagio von 5—10 Proz. ebenfalls zur Verstärkung der von der Bevölkerung zurückgehaltenen metallischen Reserve dienen, also dem Steigen des Goldaufgeldes entgegenwirken und nicht, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen, neben dem Papier das mögliche Uebermaß der der Entwertung ausgesetzten Umlaufsmittel vergrößern. Der im ersteren Falle eintretende Mangel an Scheidemünzen — vorausgesetzt, daß alle Silbermünzen umgeprägt wären — ließe sich leicht beseitigen und wäre jedenfalls das kleinere Uebel.

Der Anstoß, den die vorläufige Ausgabe ungedeckter Münzscheine erregte, könnte leicht beseitigt werden, wenn statt solcher Scheine zur Deckung der Kosten verzinsliche Schatzscheine ausgegeben würden oder wenn man einfach mit der Ausprägung von jährlich 195 000 kg neuen Silbers nach dem neuen Wertverhältnis begänne und am Schlusse jedes Jahres den Münzgewinn zur Umprägung von Thalern nach dem neuen Fuße verwendete. Wenn die Sache im übrigen zehn Jahre lang einen günstigen Verlauf genommen hätte, würde das Reich dann wohl die Mittel bewilligen, um jährlich eine größere Summe von Thalern und alten Silberscheidemünzen umzuprägen und dadurch ein zu starkes Anwachsen des Silberumlaufs zu verhindern. Wenn übrigens jährlich der Vorrat an Goldmünzen, wie dies fast sicher angenommen werden kann, um 40—50 Mill. M. zunimmt, so kann die Goldwährung durch eine gleichzeitige Neuprägung von jährlich 13 Mill. M. in Silber nicht beeinträchtigt werden. Schließlich würde man es vielleicht auch zweckmäßig finden, den Hauptsilbermünzen, die in so beschränkter Menge und natürlich nur auf Reichsrechnung geprägt würden, die unbedingte gesetzliche Zahlungskraft zu verleihen. Damit wäre dann der Zustand hergestellt, den der Königs'sche Antrag schon sofort schaffen will und den Bamberger mit Recht als „die Sanktionierung der hinkenden Währung“ bezeichnet hat. Ich habe die Beschränkung der Zahlungskraft der Hauptsilbermünzen auf 1000 M. nur vorgeschlagen, um theoretisch das Prinzip der reinen Goldwährung aufrecht zu erhalten; praktisch jedoch würden diese Münzen im Verkehr ganz dieselbe Rolle spielen, wie wenn ihnen volle gesetzliche Zahlungskraft zustände. So denkt ja auch niemand daran, daß die Reichskassenscheine Privaten gegenüber überhaupt keine gesetzliche Zahlungskraft besitzen. In dieser Frage würde also leicht eine Einigung mit dem

Königs'schen Antrag möglich gewesen sein, und auch die Bimetallisten würden natürlich prinzipiell gegen diesen Punkt nichts einzuwenden gehabt haben. Das Hauptbedenken gegen den Königs'schen Antrag lag sowohl für die Vertreter der reinen Goldwährung wie auch für mich selbst in der Silberprägung auf Privatrechnung, die derselbe, wenn auch mit gewissen Beschränkungen, zulassen will. Das Maximum der Prägung, 1 Mark auf den Kopf jährlich, würde aber für Deutschland schon 50 Mill. ausmachen, und dabei wäre denn doch das dauernde Vorwalten des Goldumlaufs schon sehr fraglich. Allerdings würde dieses Maximum vielleicht nie erreicht werden, da der Königs'sche Antrag auch einen starken Druck auf den Preis und zugleich auf die Produktion des Silbers ausüben will. Das vorgeschlagene Wertverhältnis 1:24 entspricht nur einem Silberpreise von etwas mehr als 39 Pence und da außerdem 10—20 Proz. Schlagschatz erhoben werden sollen, so würde sich der Marktpreis des Silbers nur zwischen 31 und etwas mehr als 35 Pence stellen können. Sollte trotzdem der Andrang zur Prägung noch zu groß werden, so würde durch die längere Hinausschiebung der Ablieferung der Münzen nach der Reihenfolge der Einlieferungen des Barrensilbers ein Zinsverlust entstehen, der einen noch weiteren Rückgang des Marktpreises des letzteren hervorrufen würde. Man würde auf solche Art allerdings, wenn auch nicht sofort, so doch mit der Zeit eine bedeutende Verminderung der Silberproduktion und dadurch ein Gleichgewicht derselben mit dem Verbrauch erzwingen können, aber der Zweck der Hebung und der Befestigung des Silberwertes würde bei diesem System doch gar zu wenig erreicht werden.

Wenn von bimetalistischer Seite gegen meinen Antrag eingewandt wurde, daß England ihn nicht annehmen würde, weil es den Silberpreis von 38—39 Pence nicht für genügend halte und eben deswegen die indischen Prägungen eingestellt habe, so wurde übersehen, daß England mittlerweile durch sein indisches Experiment sehr unangenehme Belehrungen erhalten hat und daß in der letzten Zeit nicht nur der Silberpreis auf 28 $\frac{3}{4}$ Pence, sondern auch die Rupie auf einem den Silberpreis von 35 entsprechenden Kurse stand. Eine Erhöhung dieses Kurses auf 38 bis 39 Pence würde daher jetzt von England und der indischen Regierung als eine entschiedene Erleichterung der schwierigen Finanzlage empfunden werden. Dagegen würde ein zwischen 31 und 35 Pence schwankender Silberpreis für England keinerlei Veranlassung darbieten, sich an einer internationalen Vereinbarung zu beteiligen. Auch wären Silbermünzen nach dem Wertverhältnis 1:24 schon recht unhandlich, da sie mehr als 50 Proz. schwerer sein würden, als die jetzt vorhandenen Münzen von gleichem Nennwert. Die Schwierigkeit, Frankreich für eine so weitgehende Herabsetzung des gesetzlichen Silberwertes zu gewinnen, schlägt Herr Königs selbst so hoch an, daß er in den Erläuterungen zu seinem Antrag Frankreich wie auch Belgien ganz aus dem Spiele läßt, dagegen der Hoffnung auf den Beitritt Rußlands Ausdruck giebt. Ohne Zweifel wäre Rußland nach dem Charakter und der Entwicklungsstufe seiner Volkswirtschaft mehr als irgend ein anderes Land für die Annahme einer Doppelwährung mit überwiegendem Silberumlauf geeignet. Wenn Rußland einen Teil seines auf

mehr als 2000 Mill. Fres. angewachsenen Goldvorrates dazu verwenden wollte, etwa 500 Mill. Papierrubel zum Kurse von 220 Pfg. gegen Silber rubel einzulösen, so könnte es mit großem Vorteil ein durchaus solides Bargeldwesen und zugleich für das Silber wieder eine dauernde feste Wertgrundlage schaffen. Nach allem indes, was man über die Stimmung der leitenden russischen Kreise erfährt, besteht für ein solches Eingreifen nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit und somit würde auch von dieser Seite her keine Unterstützung des Königs'schen Systems zu erwarten sein. Ob Oesterreich-Ungarn geneigter sein würde, demselben beizutreten, erscheint höchst zweifelhaft. Italien wäre vielleicht eher für das Projekt zu gewinnen, aber die finanziellen Schwierigkeiten eines Vorgehens in diesem Sinne würden kaum überwindlich sein, da der Austritt des Königreichs aus dem lateinischen Münzbunde damit verbunden sein müßte.

Die praktischen Aussichten des Königs'schen Vorschlags würden also sehr ungünstig sein. In der Kommission wurde er von den Bimetallisten etwas weniger unbedingt zurückgewiesen als der meinige; Herr v. Kar doff meinte sogar, er könnte eine gute Grundlage werden, wenn die Regierung sich entschlösse, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Währungsfrage einzuladen; dagegen hob er hervor, daß durch dieses System weder das Uebergewicht der indischen Ausfuhr beseitigt, noch eine Hebung des Silberwertes herbeigeführt werde, und noch bestimmter erklärte Herr Wülfing mit Rücksicht auf den Absatz europäischer Fabrikate nach Indien diesen Vorschlag, wie überhaupt jeden, der nicht das Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ annehme, für ungeeignet, den bestehenden Uebeln abzuhelpen. Für die Goldwährungspartei dagegen war selbstverständlich dieser Antrag noch unannehbarer, als der meinige, da er dem Bimetallismus weit mehr entgegenkommt. Namentlich wurde das Mißverhältnis der Kosten zu dem Resultate hervorgehoben, das noch größer sein würde, als bei meinen Vorschlag; denn die ersteren würden sich nach Herrn Königs Berechnung auf 228 Mill. M., wahrscheinlich aber noch höher belaufen und damit doch nur ein zwischen 30 und 36 Pence schwankender Silberpreis erzielt werden. Die von Herrn Königs betonte Gefahr, daß Indien als Handelsstaat große Summen in Gold an sich ziehen könnte, wurde bestritten; wenn Indien wirklich seine aktive Handelsbilanz wieder erlange, so werde der Saldo wie früher in Silber ausgeglichen werden, da dieses Metall dort vorzugsweise thesauriert werde. Dies ist indes sehr zweifelhaft; im Jahre 1893 ist allerdings die Silberausfuhr nach Indien trotz der Einstellung der Prägungen noch ungefähr auf ihrer früheren Höhe geblieben, im gegenwärtigen Jahre hat sie erheblich abgenommen, und wenn der gesamte Abfluß nach Ostasien sich nicht vermindert hat, so rührt dies von der vergrößerten Silbereinfuhr Chinas her. Wie der Vorsitzende in seiner Zusammenfassung am Schlusse der Verhandlungen sagte, waren die Gründe des von der Versammlung gefällten Erkenntnisses über den Antrag Königs fast identisch mit denen in betreff des Antrags Lexis; der zu erreichende Zweck werde nicht erreicht, der Silberpreis werde nicht befestigt und es sei zweifelhaft, wie weit er gehoben werde; eine erhebliche Unterwertigkeit der Silbermünzen bliebe bestehen und damit auch die Gefahr der Nachprägung.

Der Vorschlag Neustadt kam gar nicht zur Verhandlung, sondern wurde von dem Antragsteller, wohl auf Veranlassung der übrigen bimetallistischen Kommissionsmitglieder, zurückgezogen. Jedoch wurde bei dieser Gelegenheit das Projekt der Verstaatlichung des Silberbergbaues oder des Handels mit Feinsilber einer kurzen Erörterung unterworfen, bei der alle Parteien sich in der Ansicht einig zeigten, daß dasselbe, wenigstens als allgemeine internationale Maßregel, gänzlich unausführbar sei. Herr Geheimer Bergrat Leuschner erinnerte auch daran, daß ein großer Teil des gewonnenen Silbers in Verbindung mit Blei- und Kupfererzen vorkomme; eine Monopolisierung der Silberproduktion würde daher auch die Verstaatlichung vieler Blei- und Kupferbergwerke einschließen, wodurch die Schwierigkeiten noch bedeutend vermehrt würden. Die allgemeine Monopolisierung des Handels mit Feinsilber wurde ebenso zurückgewiesen und auch für die Möglichkeit der privaten Kartellierung der Silberproduktion erhob sich keine Stimme. Unter gewissen Umständen glaube ich allerdings, daß eine solche zustande kommen könnte, nämlich wenn für alle Silbergrubenbesitzer ein sicherer Gewinn aus einer zeitweiligen Verminderung ihrer Produktion in Aussicht stände. Wenn z. B. ähnlich, wie der später zu besprechende Arendt'sche Antrag vorschlägt, durch internationale Vereinbarung ein in bestimmten Stufen jährlich steigender Preis des Silbers festgesetzt würde, unter der Bedingung, daß der Preis im Laufe des vorhergehenden Jahres nicht unter den vereinbarten gesunken sei, so würde vielleicht nicht einmal ein förmliches Kartell nötig sein, um eine Beschränkung des Silberangebotes bis zur Herstellung des Maximalpreises zuwege zu bringen. Eine solche stillschweigende oder förmliche Ringbildung seitens der Silberproduzenten würde aber freilich nicht als ein Mittel zur Erleichterung der Währungsschwierigkeiten erscheinen, sondern diese eher noch erhöhen; denn die befürchtete Ueberschüttung von Silber würde später, wenn das hohe Wertverhältnis glücklich in den Hafen des internationalen Vertrags gebracht wäre, mit um so größerer Wucht zu Tage treten.

Nach der negativen Erledigung der vermittelnden Vorschläge kam nunmehr bei der Wiederaufnahme der Sitzungen der (am 18. April verhandelten) Kommission am 22. Mai der Hauptantrag der bimetallistischen Gruppe an die Reihe und damit wurde nochmals das ganze Register der Kontroversen der Währungsfrage eröffnet. Eine ziemlich unfruchtbare Debatte drehte sich zunächst um den Punkt, ob die englische Enquêtekommission von 1886 das bimetallistische Prinzip anerkannt habe oder nicht. In der That haben die 12 Mitglieder jener Kommission theoretisch anerkannt, daß durch eine große Staatsvereinigung ein festes Wertverhältnis der beiden Edelmetalle annähernd aufrecht erhalten werden könnte; aber sechs von ihnen erklärten ausdrücklich, daß sie sich dieses bimetallistischen Wertverhältnis dem jetzigen Marktwert des Silbers annähernd entsprechend dächten und sie hielten ein praktisches Vorgehen im Sinne des Bimetallismus für einen sehr gefährlichen (tremendous) Sprung ins Dunkle; zwei von diesen endlich haben auch noch in einem Separatvotum ihre besonderen Bedenken und wegen der großen Ungewissheit über die künftige Produktion der Metalle ihren Zweifel darüber ausge-

sprochen, daß sich auch in der Zukunft ein festes Wertverhältnis dauernd festhalten lassen werde. Ueberhaupt aber haben auch die eifrigsten englischen Bimetallisten in ihrer öffentlichen Agitation nie gewagt, offen und rückhaltslos die Wiederherstellung des Wertverhältnisses $1:15\frac{1}{3}$ auf ihre Fahne zu schreiben. Sie wissen, daß ein englisches Publikum sich schwerlich so weit von dem Boden der Realität ablocken läßt, wie dies die Annahme eines solchen Programms verlangen würde. Auch auf der letzten internationalen bimetallistischen Konferenz in London am 2. und 3. Mai 1894 ist diese Frage von den englischen Rednern absichtlich unentschieden gelassen worden. Herr Gibbs machte zwar darauf aufmerksam, daß die geschätzten Vorräte an Gold und Silber ihrem Gewichte nach nahezu dem Verhältnis $1:15\frac{1}{2}$ entsprächen, im übrigen aber erklärte er, er wolle über die verschiedenen Vorschläge in betreff des Wertverhältnisses bei dieser Gelegenheit keine Meinung äußern. Die Fixierung eines solchen Verhältnisses und die Schaffung eines doppelten gesetzlichen Zahlungsmittels sei nicht bloß eine englische, sondern eine internationale Angelegenheit; die Bestimmungen des abzuschließenden Vertrags, die Einzelheiten der Maßregeln, die Mittel zur Ausführung derselben seien Sache internationaler Vereinbarung und müßten von England in Uebereinstimmung mit den anderen Nationen beschlossen werden. So wird also die wichtigste Frage einfach beiseite geschoben. Auch die deutschen Bimetallisten erklären in Bezug auf das Wertverhältnis immer zunächst — und so auch in der Kommission — „das sei keine Prinzipienfrage“. Es mag keine Prinzipienfrage sein, aber um so größer ist die praktische Bedeutung der Wahl des Wertverhältnisses, auf die ja, wenn es sich um wirkliche Maßregeln handelt, alles allein ankommt. Das Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ könnte nach meiner Ansicht bei den Produktionsverhältnissen der Edelmetalle, wie sie in den letzten Jahren bestanden, selbst durch einen die ganze Welt umfassenden bimetallistischen Bund nicht dauernd aufrecht erhalten werden. Ein Wertverhältnis $1:21$ aber würde sich unter denselben Bedingungen vielleicht 50 Jahre oder noch länger behaupten lassen.

Diese meine Konzession gegenüber dem bimetallistischen Prinzip ist freilich rein akademischer Natur; es bleibt dabei nicht nur unentschieden, ob die geforderte Bedingung in betreff der künftigen Produktion wirklich erfüllt werden wird und das bimetallistische System, wenn es auch auf jener Basis vollständig regelrecht wirksam wäre, nicht doch in Bezug auf die Preisbildung bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnte, sondern es ist auch der von den orthodoxen Bimetallisten erhobene praktische Einwand als vollkommen berechtigt anzuerkennen, daß Frankreich und seine Münzverbündeten und wahrscheinlich auch die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf ihren kolossalen Vorrat an Silbermünzen auf eine so bedeutende Herabsetzung des Wertverhältnisses nicht eingehen würden. Aber wenn dieser Weg praktisch nicht gangbar ist, so wird dadurch die Unhaltbarkeit des Wertverhältnisses $1:15\frac{1}{2}$ nicht aufgehoben, sondern man wird sich eben überzeugen müssen, daß bei der gegebenen Lage die Dinge der Bimetallismus weder mit dem früheren, noch mit einem herabgesetzten Wertverhältnis verwirklicht werden kann.

Das Hauptargument der Bimetallisten zu gunsten des alten Wertverhältnisses blieb auch in den Kommissionsverhandlungen die Thatsache, daß dasselbe sich unter dem Einfluß der französischen Doppelwährung in den ersten 73 Jahren dieses Jahrhunderts trotz außerordentlich großer Schwankungen in der Produktion beider Edelmetalle mit fast vollständiger Festigkeit im freien Verkehr auf dem Weltmarkt behauptet habe. In der That hat sich der Londoner Silberpreis in diesem Zeitraume nur zwischen $58\frac{1}{2}$ und $62\frac{1}{4}$ Pence bewegt, während das Wertverhältnis von $1:15\frac{1}{2}$ dem Preise von $60\frac{13}{16}$ entspricht. Wenn die Goldwährungspartei darauf erwiderte, es seien eben damals die wirtschaftlichen Bedingungen der Wertbildung von Gold und Silber der Art gewesen, daß nur geringe Abweichungen von dem gesetzlichen französischen Wertverhältnis vorgekommen wären, so wurde damit allerdings auf die positive Einwirkung der französischen Doppelwährung auf den Weltmarkt zu wenig Rücksicht genommen. Andererseits aber ließen die Bimetallisten wieder die unbequeme Thatsache außer acht, daß in jener Zeit an der Pariser Börse stets eine Gold- oder Silberprämie, und zwar nicht nur für Barren, sondern auch für Münzen notiert wurde. Es ist eben nicht richtig, was Seyd und andere behaupteten, daß für die Wertdifferenz des Silbers in Paris und London nur die Transport-, Versicherungs- und Prägungskosten in Betracht kamen; wenn der Londoner Versender für das Silber Gold haben wollte, so mußte er für dieses in Paris bis 1850 eine Prämie bezahlen, die von den Versendungskosten gänzlich unabhängig war; und dasselbe galt in den fünfziger und sechziger Jahren für den Fall, daß man gegen Gold Silber aus Paris nach London ziehen wollte. Die Prämie für 20 Francstücke betrug in Paris in den dreißiger und vierziger Jahren 1—2 Proz., abgesehen von den ganz exzeptionell hohen Sätzen im Jahre 1848, und die Silberprämie stieg 1857 und 1864 bis $3\frac{1}{2}$ Proz. Von diesen Prämien sind bei Gold nur 0,3 und bei Silber nur 1 Proz. durch die Berücksichtigung der Prägungskosten verursacht, der Rest aber entstand einfach dadurch, daß das mehr gesuchte Metall aus dem Verkehr zurückgehalten wurde und daß insbesondere die Bank von Frankreich ihre Noten immer nur in dem billigeren Metall einlöste und das gesuchtere eben nur gegen ein Aufgeld herausgab. Daher war denn auch notorisch das gewöhnliche Umlaufmittel in Frankreich bis 1850 nur Silber, dann aber bis gegen Ende der sechziger Jahre Gold. Der Abfluß des gesuchteren Metalls aus dem Lande wurde durch die Prämie mehr oder weniger gehemmt und selbst neue Prägungen noch möglich gemacht; aber die Prämie bewirkte andererseits, daß die Wechsler und Banken das wertvoller gewordene Geld aus dem gewöhnlichen Verkehr zogen. Die Regierung sah sich daher bekanntlich in den sechziger Jahren durch das Verschwinden der kleineren Silbermünzen genötigt, an die Stelle derselben Scheidemünzen mit verringertem inneren Wert zu setzen.

Es kann nun auffallend erscheinen, daß die prozentmäßigen Schwankungen des Londoner Silberpreises um den damaligen Normalwert im ganzen kaum größer sind, als der gleichzeitigen Prämie des teureren Metalls in Paris entspricht. Wo bleiben da die Versendungskosten? Diese Erscheinung erklärt sich indes einfach aus der Thatsache, daß Frankreich

meistens eine günstige Handelsbilanz hatte. Es wurde daher in der ersten Periode verhältnismäßig selten Silber aus London nach Paris geschickt, um Gold dafür zu beziehen, sondern die gewöhnliche Art der Verwertung des Silbers in London bestand darin, daß es, wenn sein Preis zu weichen begann, nach Frankreich zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz geschickt wurde. Damit war dann also keine Nachfrage nach Gold für die Ausfuhr aus Frankreich verbunden und somit auch keine Veranlassung zur Berücksichtigung der Pariser Goldprämie bei der Bildung des Silberpreises in London gegeben. In der Periode der hohen Silberpreise aber kaufte England in Frankreich wirklich fortwährend bedeutende Silbermengen für die Ausfuhr auf und die Silberprämie stieg daher höher, als früher die Goldprämie; andererseits bildete sie auch fast die alleinige Ursache der Erhöhung des Londoner Silberpreises, da die Transportkosten wenig in Betracht kamen, nicht sowohl wegen der Verminderung derselben nach der vollen Entwicklung des Dampfschiffs- und Eisenbahnverkehrs, als vielmehr wegen des Umstandes, daß das aus Frankreichgeführte Silber für Indien bestimmt war und meistens direkt von Marseille aus verschifft wurde.

Die Goldprämie in der ersten, wie die Silberprämie in der zweiten Periode würden aber allmählich mehr und mehr gestiegen, also das Marktverhältnis der beiden Edelmetalle immer mehr von dem gesetzlichen abgewichen sein, wenn nicht jede dieser Perioden durch einen entschiedenen Umschwung der Produktionsverhältnisse zum Abschlufs gebracht worden wäre. Die französische Doppelwährung konnte jene Verschiebung des Wertverhältnisses allerdings bedeutend verlangsamen, aber nicht dauernd verhindern. Angenommen z. B. die jährliche Gold- und Silbergewinnung wäre in dem Verhältnis geblieben, das sie am Ende der fünfziger Jahre aufwies, als die erstere dem Werte nach dreimal so groß war, wie die letztere, so würde die regulierende Wirkung der französischen Doppelwährung schließlich einfach dadurch aufgehört haben, daß Frankreich kein ausfuhrfähiges Silber mehr besessen hätte, also thatsächlich zur reinen Goldwährung gelangt wäre. Von 1853 bis 1864 hat Frankreich 1723 Mill. Fres. in Silber mehr aus- als eingeführt und dadurch dem Steigen des Silberpreises in London kräftig entgegengewirkt; aber die reine Silberprämie, nach Abzug der Prägegebühr, war in Paris auch schon auf $2\frac{1}{2}$ Proz. gestiegen, und wenn in den nächsten zehn Jahren nochmals eine Mehrausfuhr von 1700 Mill. Fres. stattgefunden hätte, so wäre die Prämie vielleicht auf 8—10 Proz. gestiegen, da die Reaktion gegen den Silberabfluß um so stärker werden mußte, je mehr der Vorrat sich der Erschöpfung näherte. Die Entwicklung der nordamerikanischen Silberproduktion und die Verminderung der Nachfrage für Indien aber brachte bekanntlich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein Sinken des Preises hervor, das genügte, um der Silbereinfuhr nach Frankreich wieder das Uebergewicht über die Ausfuhr zu verleihen.

Ohne Zweifel hätte auch das französische System, zumal nach seiner Verstärkung durch die Bildung des lateinischen Münzbundes, die Wirkung der deutschen Münzreform und der außerordentlich starken Zunahme der Silberproduktion seit den siebziger Jahren längere Zeit, vielleicht 10 bis

15 Jahre hindurch, fast vollständig, etwa bis auf eine Goldprämie von 2—3 Proz. neutralisieren können, aber nur unter der Bedingung, daß die Münzbundstaaten mit derselben Bereitwilligkeit Milliarden von Silber aufgenommen hätten, wie Frankreich seit 1850 den Goldstrom eingelassen hatte, und daß sie dem Abfluß einer großen Goldsumme mit Gleichmut zugesehen hätten. Aber schließlich wäre doch entweder der Goldvorrat ganz verschwunden und dann hätte die ausgleichende Wirkung der Doppelwährung von selbst aufgehört, oder — was wohl der wirkliche Verlauf gewesen wäre — die fühlbare Verminderung des Goldvorrates hätte eine so hohe Steigerung der Prämie herbeigeführt, daß der weitere Abfluß verhindert worden, zugleich aber auch eine bedeutende Wertverminderung des Silbers gegen das Gold definitiv eingetreten wäre.

Weshalb haben sich nun aber Frankreich und seine Münzverbündeten nach 1873 gegen das Silber weniger günstig verhalten, als früher gegen das Gold? Weshalb haben sie den Silberzufluß als ein Uebel betrachtet und bald ihre Münzstätten gegen denselben gänzlich gesperrt? Die Behauptung, daß Frankreich sich durch politische Abneigung gegen Deutschland und das Bestreben, die deutsche Münzreform zu erschweren, habe leiten lassen, ist durchaus unzutreffend. Der erste Schritt zur Beschränkung der Silberprägungen ist, wie auch Bamberger in der Kommission in Erinnerung gebracht hat, nicht von Frankreich, sondern von Belgien ausgegangen. Als Frankreich 1876 seine Münze dem Silber gänzlich verschloß, war die deutsche Münzreform schon vollständig gesichert und selbst wenn Frankreich ursprünglich die ihm zugeschriebene Absicht gehabt hätte, so wäre es doch Thorheit gewesen, auch später noch daran festzuhalten, nachdem sich gezeigt hatte, daß Deutschland an seinem Vorgehen nicht verhindert werden konnte und daß die Entwertung des Silbers gerade für Frankreich den größten Schaden mit sich bringe. Die Zurückweisung des Silbers nach 1873 ist einfach ein Beweis dafür, daß sich die völkerpsychologische Wertschätzung zu ungunsten dieses Metalls und zu gunsten des Goldes geändert hatte. Man mag das für irrationell halten, wie sich ja auch keine rationellen Gründe dafür angeben lassen, daß für die Diamanten die thatsächlich geltenden hohen Preise bezahlt werden; aber jene Änderung des Werturteils über die beiden Metalle ist einmal vorhanden, und alle Versuche, durch die Gesetzgebung selbst auf einer allgemeinen internationalen Basis diese Thatsache wieder aufzuheben, werden mißlingen. Auch der internationale Bimetallismus ist nicht imstande, den Wert des Goldes herabzudrücken, wenn er nach den Verhältnissen der Nachfrage und der jährlichen Produktion beider Edelmetalle die natürliche Tendenz hat, zu steigen. Nun stellen aber gerade die Bimetallisten über kurz oder lang dauernde Abnahme der Goldproduktion in Aussicht, während die Silberproduktion nach allen Erfahrungsthatfachen bei dem früheren Preise auf alle absehbare Zeit mindestens auf der jetzigen Höhe bleiben würde. Ein nochmaliger Umschwung der Produktionsverhältnisse ist also nach dieser Anschauung nicht zu erwarten und demnach würde das Wertverhältnis 1:15 $\frac{1}{2}$, wenn es auch für die erste Zeit durch eine bimetallistische Vereinigung erzwungen werden könnte, unmöglich dauernden Bestand gewinnen können.

Wenn in Europa jährlich drei oder mehr Mal so viel in Silber wie in Gold geprägt würde so würde bald im gewöhnlichen Umlauf nur Silber zu finden sein, die Goldmünzen würden ein mehr und mehr steigendes Agio erzielen und schliesslich würde überhaupt die ganze jährliche Goldproduktion zu ihrem den gesetzlichen Münzwert übersteigenden Warenwert in der Industrie Unterkommen finden.

Aber, sagt Dr. Arendt, dann wäre ja erst recht die Unmöglichkeit der reinen Goldwährung erwiesen; bei solcher Knappheit des Goldes müßte das Silber unbedingt für den Gelddienst zu Hilfe genommen werden. Dagegen ist zunächst zu bemerken, daß die Verdrängung des Goldes in die Industrie unter der Herrschaft der Goldwährung nicht stattfinden würde, da das Gold dann auch als Geld seine volle Wertschätzung finden würde; bei der Doppelwährung mit fortwährender starker Vermehrung des Silberumlaufs würde es aus ähnlichen Gründen verdrängt, wie das bare Geld bei einer immer weitergehenden Ausgabe von Zwangspapiergeld. Ferner aber sind allerdings meiner Ansicht nach nur die reichsten und höchstentwickelten Staaten imstande, dauernd und mit Nutzen die Goldwährung aufrecht zu erhalten und für diese besteht während des ganzen nächsten Jahrhunderts und noch länger keine Gefahr der Goldknappheit, d. h. einer Herabdrückung des allgemeinen Preisniveaus infolge der Unzulänglichkeit der Umlaufsmittel. Auf Spekulationen über die noch fernere Zukunft brauchen wir uns um so weniger einzulassen, als der Bimetallismus unter den obigen Voraussetzungen noch weit früher als solcher versagen und der tatsächlichen Silberwährung Platz machen würde. Die ökonomisch schwächeren, namentlich aber die stark verschuldeten Staaten werden sich von der Unmöglichkeit, das Gold bei sich festzuhalten, vielleicht nach noch weiteren mislichen Erfahrungen, überzeugen müssen, dann aber wahrscheinlich nicht zum Silber zurückkehren, sondern zur Papierwährung greifen, die ja bei richtiger Behandlung die Geldfunktion in sehr befriedigender Weise verrichten kann.

Es wäre nun ja allerdings denkbar, daß das Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ von einer Seite Unterstützung erhielte, von der sie gerade nach der von den Bimetallisten verkündigten Lehre nicht zu erwarten wäre: es könnte ja bei Fortdauer der gegenwärtigen oder nur geringer weiterer Zunahme der Silberproduktion die Goldgewinnung noch längere Zeit in dem seit einigen Jahren zu beobachtenden Tempo steigen und schliesslich eine Jahresziffer erreichen, bei der das frühere Wertverhältnis nunmehr infolge der Entwertung des Goldes wieder haltbar würde. Angenommen, diese Hypothese würde sich bestätigen, so wäre eine jährliche Edelmetallproduktion von 1600—1700 Mill. M. und in der abendländischen Kulturwelt eine jährliche Vermehrung des Metallgeldes um 1000—1100 Mill. M. vorauszusetzen. Nun hat aber bisher die jährliche Geldvermehrung in diesem Ländergebiet nie mehr als 400 Mill. M. betragen und jene enorme Steigerung würde also eine die Grundlage aller volkswirtschaftlichen Verhältnisse erschütternde Inflation bewirken, die noch vergrößert werden würde durch die bedeutende Entwicklung der neueren Hilfsmittel des Kreditumlaufs. In diese Katastrophe würden auch diejenigen Produzenten mit

fortgerissen werden, die jetzt von einer allgemeinen Steigerung des Preisniveaus durch Geldentwertung ihr Heil erwarten.

Was nun die Ausführung des bimetallistischen Antrags im einzelnen betrifft, so versicherten die Urheber desselben in ihrer Begründung, das Zustandekommen des internationalen Bimetallismus sei sofort gesichert, wenn Deutschland sich entschliefse, die Doppelwährung ohne England (also nur mit Frankreich, Amerika und einigen anderen Staaten) durchzuführen. Der Bimetallismus ohne England aber sei für Deutschland eher vorteilhafter, als mit England, da dann nur 2 Fälle möglich seien: entweder das Wertverhältnis von Gold und Silber würde ohne England fixiert und dann habe dieses Land keinen Vorteil von seiner Goldwährung; oder das Gold behielte Agio, dann sei England das einzige Land mit hochwertiger Valuta und werde im Welthandel von den bimetallistischen Ländern brach gelegt. Uebrigens könnten die bimetallistischen Staaten durch Differentialzölle gegen Goldwährungsländer — ein in den Vereinigten Staaten vielfach erwogener Gedanke — England zum nachträglichen Beitritt in den Währungsbund zwingen, und wenn man diesen Beitritt für unumgänglich nötig halte, so könne die Politik, die in den Worten liege: „Wir können England nicht zwingen“, angesichts des Ernstes der wirtschaftlichen Lage nicht aufrecht erhalten werden.

Die Einwendungen gegen diese Sätze sind sehr naheliegend. Dafs die Vereinigten Staaten, Holland, Spanien, vielleicht auch Italien bereit wären, ohne England mit Deutschland das Wagnis eines bimetallistischen Bundes zu unternehmen, kann man allenfalls zugeben; für Belgien aber trifft dies jedenfalls nicht zu und auch für Frankreich ist es gegenwärtig in hohem Grade zweifelhaft, selbst wenn Frankreich wirklich, wie die Bimetallisten behaupten, im Jahre 1881, als die Silberproduktion nur die Hälfte der jetzigen betrug und der Preis noch über 50 Pence stand, zu diesem Schritte ernstlich geneigt gewesen sein sollte. Aber selbst wenn dieser beschränkte bimetallistische Bund wirklich zustande käme, so würde er bei den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen der beiden Edelmetalle das Wertverhältnis 1:15 $\frac{1}{2}$ (das stillschweigend in dem Antrage als das allein genügende angenommen wird) nicht dauernd aufrecht erhalten können, da dies nach dem oben Gesagten selbst einer allgemeinen bimetallistischen Vereinigung nicht genügend gelingen würde, durch das Ausbleiben Englands aber noch eine mächtige Ursache der Störung und Verschiebung des angenommenen Wertverhältnisses entstehen würde. Unter England ist hier das ganze nach Gold rechnende britische Weltreich zu verstehen, zu dem wahrscheinlich, gerade wenn das beschränkte bimetallistische System zustande käme, auch Britisch-Indien gezogen werden würde. Allerdings wollen die Antragsteller Indien mit in den Verband aufgenommen sehen; aber England hätte gar kein Interesse daran, auf die Währungseinheit innerhalb seines gesamten Herrschaftsgebiets zu verzichten, wenn die übrigen Staaten ihm den Gefallen erwiesen, auf eigene Hand die Hebung des Silberwertes durch eine bimetallistische Mafsregel zu übernehmen. Der Grund, weshalb England jetzt noch Bedenken trägt, mit der Einführung der Goldwährung in Indien Ernst zu machen, nämlich die Furcht vor einem starken, zunächst den englischen Markt selbst tref-

fenden Goldabfluß aus Europa, wäre dann weggefallen: es wäre auf jeden Fall immer Gold genug vorhanden, um England und sein ganzes Kolonialgebiet reichlich zu versorgen, zumal auch die beiden bedeutendsten Goldproduktionsgebiete, das australische und das südafrikanische, zum britischen Reich gehören oder wenigstens gänzlich in der handelspolitischen Macht-sphäre Englands liegen. Eine Rücksicht auf den Goldbedarf der bimetallistischen Staaten hätte England dann gar nicht zu nehmen: es würde diesen einfach stets Silber bezahlen, wie Frankreich in den dreißiger und vierziger Jahren ebenfalls von seinen Schuldnern nur Silber erhielt, und bei einem außergewöhnlichen Goldbedarf, etwa für Indien, würde England auch stets Gold aus dem bimetallistischen Gebiet herbeiziehen können. Als Reaktion dagegen würde dort allerdings eine Steigerung der Goldprämie eintreten, damit aber wäre wieder der Beweis geliefert, daß das kommerzielle Wertverhältnis der beiden Edelmetalle in dem bimetallistischen Gebiete mit dem gesetzlichen nicht in Uebereinstimmung gehalten werden könnte. Silber würde England in Mexiko und Südamerika im Austausch gegen seine Waren stets in genügender Menge erhalten können, um seine Zahlungsbilanz mit den bimetallistischen Staaten auszugleichen; denn das Uebergewicht seiner Produktionskräfte, seiner Kapital- und Handelsmacht würde ihm durch Veränderungen der Währungsverhältnisse anderer Länder nicht geschmälert werden können. Wenn die bimetallistischen Staaten vollends versuchen wollten, England durch handelspolitische Maßregeln zum Beitritt zu ihrem Bunde zu zwingen, so würde England nicht nur sofort mit der Einführung der Goldwährung in Indien antworten, sondern es würde dann wahrscheinlich auch der Sieg der großen Partei entschieden sein, die eine engere handelspolitische Verbindung aller Glieder des britischen Weltreichs verlangt, mit mehr oder weniger erhöhten Zöllen gegen die übrigen Länder. Was endlich die Schädigung des englischen Handels durch die hochwertige Valuta betrifft, so ist diese natürlich überhaupt nur denkbar, wenn das bimetallistische System die erwartete Wirkung nicht hat und trotz desselben ein Goldagio in dem Doppelwährungsgebiete entsteht. Dies würde nun allerdings ohne Zweifel der Fall sein, aber gleichwohl würde das Goldagio weder die Ausfuhr der Erzeugnisse der bimetallistischen Länder erheblich begünstigen, noch die Einfuhr englischer Waren erheblich erschweren. Die Sache würde dann ganz anders liegen, als bei den Ländern mit unterwertigen Valuten, mit denen wir gegenwärtig zu thun haben, Indien oder Rußland. Die Begünstigung der Ausfuhr entstand für Indien lediglich dadurch, daß die innere Kaufkraft des Silbers sich dort nicht in demselben Maße verändert, wie der Wechselkurs sich verändert. In Rußland findet schon eine etwas raschere Ausgleichung zwischen dem Wert des Rubels im inneren und im äußeren Verkehr statt; in Ländern mit höchstentwickeltem Verkehr dagegen, in Frankreich, Deutschland, Amerika wird sich die innere Kaufkraft des Geldes sehr schnell der internationalen anpassen und wenn hier die Geldmenge durch massenhafte Silberprägungen stark vermehrt würde, so würde sich auch sehr bald eine allgemeine Preissteigerung entwickeln. Die Verhältnisse liegen eben hier ganz anders, als in den orientalischen Län-

dern, wo das Geld in großen Mengen thesauriert wird und die Einwirkung der Vermehrung desselben auf die Preise erst nach Jahren bemerklich wird.

Einige Vertreter der Goldwährung, namentlich Dr. Hammacher, zeigten sich übrigens bereit, auf die bimetallistische Idee näher einzugehen, wenn England sie acceptiere und Deutschland nur in Gemeinschaft mit England vorgehen solle. Dr. Arendt betrachtete dies als ein wichtiges Zugeständnis, seine praktische Bedeutung ist jedoch sehr gering anzuschlagen. Denn es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß England sich überhaupt auf einen bimetallistischen Vertrag einlassen werde und so gut wie gewiß, daß es nicht das alte Wertverhältnis annehmen würde, und ohne dieses würde wieder Frankreich nicht beitreten. Die bimetallistische Agitation ist ja allerdings in England nicht unbedeutend und unter den 177 Vicepräsidenten der bimetallistischen Liga befinden sich nicht weniger als 63 Parlamentsmitglieder. Es werden ja viele Interessen durch die Silberentwertung geschädigt und die Vertreter derselben suchen Hilfe im Bimetallismus. Gleichwohl besitzt die Bewegung keinen großen Tiefgang; wie Herr Bueck aus persönlicher Erfahrung in London berichtete, beklagten sich die Leiter derselben, daß ihren Bestrebungen keine Beachtung geschenkt werde und sie gehen sogar mit dem Plane um, von seiten der bimetallistischen Liga einen hohen Preis für die beste Schrift gegen den Bimetallismus auszusetzen, um eben diese Nichtbeachtung in der öffentlichen Meinung zu überwinden.

Einige Redner, so namentlich Bamberger, sprachen sich grundsätzlich gegen jede Art von internationalem Vertrag über die Münz- und Währungsangelegenheiten aus. Das Geldwesen sei von so fundamentaler Wichtigkeit für jeden Staat, daß jeder sich in betreff desselben die Hände völlig frei halten müsse, um stets nur nach seinen eigenen Interessen handeln zu können. Auch hätten alle bisher abgeschlossenen Münzverträge, insbesondere der deutsch-österreichische von 1857 und der lateinische von 1865, Verlegenheiten und Schädigungen einzelner Beteiligten mit sich gebracht. Die Bimetallisten ihrerseits unterschieden zwischen Münzvertrag und Währungsvertrag; ein Münzvertrag, durch den die beteiligten Staaten sich hinsichtlich der Einzelheiten ihres Münzwesens, des Münzfußes, der Stückelung, der Zahlungskraft u. s. w. ihrer Freiheit begäben, sei allerdings bedenklich; ein Währungsvertrag aber, der nur die freie Prägung beider Edelmetalle nach einem bestimmten Wertverhältnis bedinge und im übrigen jedem Staate die Regelung seines Münzwesens freilasse, biete alle Garantien der Dauer und sei der Gefahr eines Bruches nicht ausgesetzt. Wenn das Wertverhältnis wirklich aufrecht erhalten werden kann, so halte ich diese letztere Ansicht für berechtigt; jedenfalls wäre ein Vertragsbruch von seiten eines einzelnen Staates um so weniger zu befürchten, je länger er dem System angehört hätte und je größer die Summe der in dieser Zeit mit seinem Stempel geprägten Silbermünzen wäre.

Mehrfach wurde in der Debatte auch die Frage berührt, welche Tragweite im Falle der Einführung des Bimetallismus die sogenannte Goldklausel besitze, mittels welcher sich viele Gläubiger gegenwärtig die Rückzahlung der Schuldsomme in Gold ausbedingen. Dr. Arendt erklärt diese

Klausel für illusorisch, während Dr. Bamberger ihr volle Rechtskraft zusprach. Meiner Ansicht nach wäre zwischen der Zeit vor und nach dem Inkrafttreten des bimetallistischen Gesetzes zu unterscheiden. Theoretisch steht offenbar nichts im Wege, daß das Gesetz erklärte, alle auf Goldmark lautenden Schulden sollten auch mit Silberkurantmünzen nach ihrem gesetzlichen Nennwert bezahlt werden können. Dadurch würden für die Vergangenheit alle Abmachungen über Rückzahlung der Schulden in Goldmark unwirksam, aber daraus folgte noch keineswegs, daß nicht für die Zukunft unter der Herrschaft des neuen Münzgesetzes besondere Vereinbarungen über die Goldzahlung zwischen Gläubiger und Schuldner getroffen werden könnten.

In vielen Papierwährungsländern hat der Staat selbst das Beispiel gegeben, daß er sich verpflichtete, gewisse Schulden nicht mit dem sonst unbeschränkt gültigen Papiergelde, sondern „in klingender Münze“, wie es auf den österreichischen Silberrentenverschreibungen heißt, zurückzahlen werde, und ebenso haben Oesterreich und Rußland, obwohl ihr Währungsmetall Silber war, in Gold zahlbare Schulden kontrahiert. Ein Verbot, in der Zukunft Verzinsung und Rückzahlung in Gold zu vereinbaren, selbst wenn das Darlehen in Gold gewährt würde, liefse sich schwerlich in das bimetallische Gesetz aufnehmen und würde sich, falls dies doch geschähe, leicht umgehen lassen. Der Gläubiger könnte statt der Rückzahlung etwa die Lieferung einer Anzahl bestimmter Goldstücke, nötigenfalls ausländischer Goldmünzen, oder einer bestimmten Gewichtsmenge Gold verlangen oder sich ausbedingen, daß die Rückzahlung in Silbergeld erfolgen solle, zugleich aber noch eine dem zur Zeit derselben bestehenden Goldaufgelde entsprechende Vergütung zu bezahlen sei. Wie weit freilich solche Abmachungen hypothekarisch sicher gestellt werden könnten, wäre noch besonders zu entscheiden. Ein Hauptgegenstand der Diskussion bei Gelegenheit des bimetallistischen Antrags war auch die Frage über die schädlichen Folgen der Silberentwertung und die Steigerung der Kaufkraft des Goldes. In der zu den Drucksachen abgegebenen Schlussklärung der bimetallistischen Kommissionsmitglieder heißt es u. a.: „Wir erachten es durch Wissenschaft und Praxis und teilweise sogar durch die Zugeständnisse hervorragender Anhänger der Goldwährung als erwiesen, daß die Kaufkraft des Goldes den Waren gegenüber seit der Verallgemeinerung der Goldwährung (1873) gestiegen ist, heute noch steigt und fortfahren muß zu steigen.“ Ich habe in einer meinerseits abgegebenen Erklärung die Gründe zusammengefaßt, aus denen ich an der Ansicht festhalte, daß eine Verteuerung des Goldes an sich nur in Bezug auf die Erzeugnisse der Silberländer eingetreten ist, insofern nämlich das Sinken des Silbers gegen Gold nicht von einem entsprechenden Steigen der Preise der Produkte jener Länder begleitet gewesen ist. Der von den Bimetallisten gezogene Schluss jedoch, daß das Silber, weil es in den Silberländern nicht merklich an Kaufkraft verloren habe, überhaupt nicht im Werte gesunken sei, ist durchaus unberechtigt. Das nichtrussische Europa und Nordamerika einerseits und die von 6—700 Mill. Menschen bevölkerten ostasiatischen Länder andererseits bilden wirtschaftliche Welten für sich, die nur mit ihren Peripherien in noch wenig tiefgreifender Be-

rührung stehen und deren innere Preisbildungen sich noch fast gänzlich unabhängig von einander vollziehen. Für die abendländische Kulturwelt ist der allein maßgebende Wert des Silbers der in ihrem eigenen Gebiete geltende. In Ostasien ist dieser Wert der einheimischen Waren gegenüber ziemlich stabil geblieben, den abendländischen gegenüber aber ebenfalls gesunken. Für Europa werden also die ostasiatischen Produkte, auf Gold bezogen, immer billiger, je tiefer hier der Silberwert sinkt und andererseits wird man auch immer mehr Silber zum Ankauf solcher Produkte verwenden, je schwerer es wird, das den Markt belastende Metall auf andere Art zu verwerten. So sind viele wichtige Verbrauchsgegenstände, Thee, Indigo, Seide, Jute, Baumwolle, Oelsaat, Oele, Zinn, Reis, in Europa durch die Silberentwertung auf einen niedrigeren Preis gebracht worden, was für die europäische Volkswirtschaft keinen Schaden, sondern einen Gewinn bildet; aber die ostindische Konkurrenz hat auch zur Verbilligung des Weizens mitgewirkt, und wenn man dies vom Standpunkt des Konsumenten auch als einen Vorteil auffassen könnte, so wird dieser doch in den Ländern mit einer großen landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die nachteilige Einwirkung des gesunkenen Weizenpreises auf die Landwirtschaft mehr als aufgewogen. Aber der Einfluß der Silberentwertung auf den Weizenpreis ist doch bei weitem nicht so hoch anzuschlagen, wie es von bimetallistischer Seite zu geschehen pflegt; denn für die Weizenausfuhr kommt unter den Silberländern eben nur Ostindien in Betracht, dieses aber liefert nicht viel mehr als ein Zehntel der von den Einfuhrländern aufgenommenen Weizenmengen und kann also nur einen sehr beschränkten Einfluß auf den Weltmarktpreis ausüben. Dafs auch das Sinken der russischen Valuta zeitweise einen Druck auf die Getreidepreise Westeuropas ausgeübt hat, ist zuzugeben, aber dafür kann doch nicht die Silberentwertung verantwortlich gemacht werden. Ueberhaupt ist auf diese nur ein kleiner Bruchteil der für die Landwirtschaft empfindlichen Erniedrigung der Preise zurückzuführen. Einen größeren Einfluß hat sie auf die Erschwerung der Ausfuhr des europäischen Fabrikate nach Silberländern, namentlich nach Indien und China ausgeübt. Allerdings ist der Prozentanteil, der von der deutschen Gesamtausfuhr auf diese Länder kommt, an sich nur gering, aber man muß auch die Rückwirkung der aus jenem Grunde entstehenden Hemmung der englischen Ausfuhr nach Asien auf den deutschen Markt in Anschlag bringen. Bei noch weiterem Sinken des Rupienkurses würde sogar die Konkurrenz indischer Baumwollfabrikate in Europa möglich. Ein Mitglied der Kommission, Herr Wülfing, teilte mit, das am 28. Mai bereits eine Offerte von indischem Baumwollgarn gemacht worden sei, dafs sich in Chemnitz oder M.-Gladbach auf 52,25 Pfg. das Pfund stellen würde, während dieselbe Qualität gegenwärtig am ersteren Platze 58—60 und am letzteren 62—64 Pfg. kostet. Mittlerweile ist indes der Rupienkurs wieder etwas gestiegen und er ist ja überhaupt nicht mehr unmittelbar vom Silberpreise abhängig.

Alle diese Absatzschwierigkeiten und Konkurrenzgefahren für die europäischen Fabrikate können unter den Gesichtspunkt der Goldverteuerung gebracht werden, aber wieder nur der Goldverteuerung in den überseeischen Silberländern, nicht aber in den abendländischen Staaten, in

denen das Gold das alleinige Währungsmetall bildet, gleichviel ob zugleich noch größere Summen in Silberkreditgeld vorhanden sind oder nicht. Die Bimetallisten aber behaupten, daß auch in diesen Ländern Goldverteuerung bestehe, weil die Goldzufuhr nicht ausreiche, um Umlaufsmittel in solcher Menge zu beschaffen, daß die Preise sich auf einem normalen Stande behaupten könnten. Dieser immer wiederkehrenden Behauptung müssen auch immer wieder dieselben Argumente entgegengestellt werden. Deutschland hatte beim Beginne seiner Münzreform 1700 Mill. M. an Edelmetallgeld, gegenwärtig aber an Goldmünzen, Bankbarren und mit dem Golde den Paristand behauptenden Kreditsilbermünzen etwa 3380 Mill. M., während die Bevölkerung nur von 40 auf 50 Mill. gestiegen ist und außerdem der Giro- und Abrechnungsverkehr seit 1876 eine großartige Entwicklung erlangt hat.

Frankreich hat von 1874 bis 1892 1018 Mill. Frs. in Gold geprägt und um ebenso viel wird sich sein Vorrat an Goldmünzen vermehrt haben, da der Ueberschuß seiner Goldeinfuhr über die Ausfuhr in dieser Periode über 2 Milliarden Frs. betrug. Ferner aber stehen die französischen Silbermünzen dem Golde vermöge des Staatskredits vollkommen gleich und die Menge derselben hat sich von 1873 bis 1878 um 362 Mill. in Fünffrankenstücken vermehrt, während der am Anfange dieser Periode vorhandene Vorrat ungeändert blieb, da die in der Kriegsentschädigung an Deutschland bezahlten Silberkurantmünzen bald nach Frankreich zurückgefloßen sind. Auch ist daran zu erinnern, was Bamberger mit Recht auch in betreff Deutschlands hervorgehoben hat, daß seit der Entwertung des Silbers das früher häufig vorkommende Einschmelzen von Silbermünzen in den Ländern mit hinkender Währung wegen des damit verbundenen Verlustes aufgehört hat. Da Frankreich ferner bei den Kursverhältnissen der letzten Jahre auch den größten Teil des italienischen Silbers aufgenommen hat, so hat sich sein Metallumlauf seit 1873 mindestens um 1500 Mill. Frs. vermehrt, während seine Bevölkerung nur wenig zugenommen hat.

England hat von 1873 bis 1892 760 Mill. M. in Gold mehr eingeführt als ausgeführt und davon jedenfalls so viel in Geld verwandelt, als seinen Bedürfnissen entsprach. Dieses Bedürfnis ist aber bekanntlich wegen des höher entwickelten englischen Kreditmechanismus weit geringer als der der kontinentalen Staaten.

Die Vereinigten Staaten vollends haben von 1873 bis 1893 ihren Geldbestand in einem Umfange vermehrt, wie es in keinem Lande jemals in gleichem Maße geschehen ist. Die Greenbacks blieben im Betrage von 347 Mill. Doll. als gesetzliche Zahlungsmittel im Umlauf; der Goldvorrat stieg um 520 Mill. Doll., 416 Mill. wurden in Bland-Dollars und 152 Mill. Doll. auf Grund der Sherman-Akte in silbergedeckten Schatznoten ausgegeben. Also eine Vermehrung des gemünzten oder metallisch gedeckten Geldes um 4626 Mill. Mark, wozu noch 250 Mill. M. in Silberscheidemünzen kamen.

In derselben Periode hat der Diskont bei allen Hauptbanken durchschnittlich niedriger gestanden als in den Jahren 1850—1870 und auch die Maximalsätze sind bedeutend hinter den später vorgekommenen zurückgeblieben. Zugleich ist sowohl der Barvorrat der Banken im ganzen wie

auch insbesondere ihr Goldvorrat auf ganz unerhörte Ziffern gestiegen. Die Bank von Frankreich besaß im August dieses Jahres über 1900 Mill. Fres. in Gold und über 1260 Mill. Fres. in Silber. Die Bank von England hat seit mehreren Monaten einen Goldvorrat von über 39 Mill. Pfd. und die Summe ihrer umlaufenden Noten war in dieser Zeit um 12 bis 14 Mill. Pfd. kleiner als der Baryorrat. Ueber den Goldbestand der Deutschen Reichsbank sind der Kommission einige neuere Mitteilungen gemacht worden: er erreichte am 23. Februar 1894 einen Höhepunkt mit 596 455 000 M., ging in den nächsten Monaten einigermaßen zurück, dürfte aber durchschnittlich zwischen 550 und 600 Mill. M. betragen.

Nun sagt man freilich: diese Goldansammlung ist ein Beweis für die schlechten Zeiten; das Gold liegt unbenutzt, weil man nicht imstande ist, es bei dem niedrigen Stande aller Preise in gewinnbringender Weise zu verwenden. Aber dann darf man doch, wie Bamberger mit Recht bemerkte, nicht wieder umgekehrt den ungünstigen Stand der Geschäftsaussichten durch Mangel an Gold erklären! Die wirklichen Ursachen des niedrigen Preisstandes vieler — keineswegs aller — Waren liegen in den meisten Fällen klar zu Tage. Der oben besprochene Einfluß der Valutadifferenzen hat nur für gewisse Waren, und für die meisten von diesen nur einen kleinen Teil der Preiserniedrigung verursacht, hauptsächlich aber ist sie durch die Konkurrenz überseeischer Länder mit geringem Bodenwert und geringeren Produktionskosten bei billigen Frachten und durch die infolge der technischen Fortschritte großartig entwickelte innere Konkurrenz herbeigeführt worden.

Dagegen wenden nun die Bimetallisten ein, daß diese Einflüsse auch in dem zwanzigjährigen Zeitraum vor 1873 in gleicher Stärke vorhanden gewesen und doch damals im ganzen ein Steigen der Preise stattgefunden habe. Aber dieser Zeitraum trug noch den Charakter einer Uebergangsperiode, erst nachdem die Ausstattung der Kulturstaaten mit den neuen Hilfsmitteln der Produktion und des Verkehrs einen gewissen Stand erreicht hatte, begann auf dem industriellen Gebiet der Konkurrenzkampf in seiner vollen Schärfe und mit allen Mitteln des Großkapitals. So erlangte in Deutschland z. B. die Eisenindustrie erst in den Jahren 1871—1873 eine ungewöhnlich große Ausdehnung durch die Gründung mächtiger neuer Hüttenwerke, die ihre Produktion natürlich auch noch fortsetzten, nachdem der außerordentliche Bedarf jener ersten Jahre nach dem Kriege befriedigt war. Während in den Jahren 1861—1865 in Deutschland durchschnittlich nur 799 000 Tonnen Roheisen dargestellt wurden, stieg der durchschnittliche Jahreserzeugnis in der Periode 1871—75 auf 1 946 000 Tonnen und am Ende der achtziger Jahre überschritt die Produktion schon 4 500 000 Tonnen. Das einzige Mittel, den Absatz diesem enorm steigenden Angebot entsprechend zu erweitern, war die Herabsetzung des Preises, die durch Verminderung der Selbstkosten mittels technischer Verbesserungen ermöglicht wurde. Wie weit dies gelungen ist, beweist der Umstand, daß z. B. im Jahre 1887 4 024 000 Tonnen Roheisen mit einer nur wenig größeren Arbeiterzahl (21 432 Mann) dargestellt wurden, als in den Jahren 1861—65 für die Durchschnittsproduktion von 799 000 Tonnen (20 963 Mann) erforderlich waren. Auch haben viele Eisenwerke trotz

des gesunkenen Preises seit 1879 wieder sehr befriedigende Dividenden gebracht. Uebrigens darf für die Beurteilung des Eisenpreises nicht der ganz abnorme Stand von 1873 (143,6 M.) als Ausgangspunkt gewählt werden; er betrug von 1861—1865 durchschnittlich 69,6 M. und von 1866—1870 68,4 M., und wenn er 1887 auf 50,4 M. gesunken war, so stellt dies nur einen Rückgang von etwa 27 Proz. gegen den früheren Preis dar.

Was aber den überseeischen Weizen betrifft, so hat der Ausbau der Eisenbahnen im fernen Westen Amerikas und in dem Binnenlande Indiens, der die Konkurrenz dieser Gebiete auf dem europäischen Markt möglich machte, erst in den siebziger Jahren stattgefunden, wozu um dieselbe Zeit auch ein starkes Sinken der Seefrachten kam. Die Vereinigten Staaten exportierten in den Jahren 1866—1870, obwohl damals ihre Ausfuhr durch ein bedeutendes Goldagio unterstützt wurde, durchschnittlich nur 17 Mill. Bushels Weizen, 1879 dagegen 122 Mill., 1880 sogar 153 Mill. und außerdem hatte sich die Mehlausfuhr verdreifacht. Indien führte von 1871—1875 durchschnittlich jährlich nur 800 000 Ctr. Weizen aus, seit 1882 aber hat seine Ausfuhr sich zwischen 14 und 22 Mill. Ctr. bewegt.

Uebrigens sind viele Waren, wie Fleisch, Butter, Eier und andere mehr dem Lokalverkehr angehörende Erzeugnisse wenig oder gar nicht im Preise gesunken und die Löhne sind, wenn auch eine Reaktion gegen die ungewöhnlich hohen Sätze der Jahre 1872 und 1873 eingetreten war, gegen die frühere Periode erheblich gestiegen. Wenn aber wirklich eine innere Wertsteigung des Geldes stattgefunden hätte, so hätte diese sich bei allen Wertbestimmungen, wenn auch durch andere Einflüsse mehr oder weniger verdeckt, fühlbar machen müssen. Aber selbst die Welt handelsartikel sind nicht sämtlich im Preise gesunken; eine bemerkenswerte Ausnahme macht namentlich der Kaffee, der seit 1887 wieder mehr und mehr in die Höhe gegangen ist und 1893 etwa 20—25 Proz. teurer war als im Durchschnitt der Jahre 1867—1877, trotzdem die Ausfuhr aus dem wichtigsten Produktionslande, Brasilien, durch eine entwertete Papiervaluta begünstigt wurde.

Die Ursache der Silberentwertung soll nach der Behauptung der Bimetallisten ausschließlich in der Demonetisierung dieses Metalls liegen und die enorme Produktionsvermehrung keinen wesentlichen Einfluß darauf ausgeübt haben. Nun kann aber von einer Demonetisierung des Silbers höchstens seit 1893, nämlich seit der Einstellung der indischen Prägungen und der Aufhebung der Sherman-Akte die Rede sein. Von 1873—1893 aber ist in der Welt weit mehr Silber geprägt worden, als jemals zuvor in einer gleich langen Periode, doppelt soviel, als in den Jahren 1850 bis 1870 überhaupt an Silber produziert wurde. Allerdings ist der Silberumlauf durch die deutschen und skandinavischen Verkäufe um 787 Mill. M. vermindert worden. Dafür aber wurden neu geprägt an Silberkurantmünzen: in den Staaten des lateinischen Münzbundes (1873—1879) 746 Mill. Fres, in Spanien (1876—1892) 641 Mill. Pesetas, in Oesterreich-Ungarn 257 Mill. Gulden, in den Vereinigten Staaten mit Einschluss der Ausgabe der silbergedeckten Schatznoten 568 Mill. Doll., außerdem aber 60 Mill. Doll. Silberscheidemünzen, in England 12 Mill. Pfd. Sterl. in Silber-

scheidemünzen, in Indien 1360 Mill. Rupien, in Japan 410 Mill. Yens. Erwägt man ferner, daß China in dieser Zeit mindestens 1000 Mill. M. in Silber (nach dem alten Wert) mehr ein- als ausgeführt hat, daß auch Mexiko, Peru, Bolivia einen Teil ihres geprägten Silbers zurückgehalten haben, wenn man auch ihre ausgeführten Münzen nur als Barren rechnet, daß auch in Rußland und für Canada und andere englische Kolonien Silber geprägt worden ist, so ergibt sich, daß in jenem Zeitraum nach dem alten Wert durchschnittlich jährlich für etwa 400 Mill. M. Silber in Geld verwandelt worden ist, fast das Doppelte der gleichzeitigen jährlichen Durchschnittsvermehrung des Goldgeldes. Entzogen wurde dem Silber nur die allerdings sehr wirksame, aber doch durchaus künstliche Stütze seines Wertes durch das Doppelwährungssystem des lateinischen Münzbundes. Wenn es aber trotz der enormen Ausdehnung seiner monetären Verwendung dennoch immer tiefer im Preise gesunken ist, so liegt darin der Beweis, daß die Produktion den Absatz immer wieder überholte und letzterer immer wieder durch eine weitere Herabsetzung des Preises gleichsam erzwungen werden mußte. Insofern ist die unausgesetzt wachsende Produktion unzweifelhaft die Hauptursache der Silberentwertung gewesen. Allerdings würde ihre Wirkung weit langsamer hervorgetreten sein, wenn die französische Doppelwährung aufrecht erhalten worden oder dieses System sogar noch auf andere Staaten ausgedehnt worden wäre. Aber daß die Produktion selbst bei einer völlig wirksamen Doppelwährung auf das Wertverhältnis der Edelmetalle Einfluß hat, ist durch die oben erwähnten Erfahrungen in Frankreich bewiesen.

Weshalb bestand denn dort noch 1850 statt der früheren Goldprämie von 1—2 Proz. eine Silberprämie von 2—3 Proz., wenn nicht infolge des großen Aufschwungs der Goldproduktion? Man wird sagen, diese Prämien seien doch sehr niedrig geblieben, aber sie würden, wie oben schon erörtert worden ist, immer mehr gestiegen sein, je mehr sich in der Periode vor 1850 der Goldvorrat und in der zweiten der Silbervorrat Frankreichs erschöpft hätte. Andererseits aber würde das Silber, trotz der deutschen Münzreform und der Suspension der lateinischen Doppelwährung und selbst ohne die Hilfe der Bland Bill auf die Dauer nur wenig gesunken sein, wenn seine Jahresproduktion über die Durchschnittsziffer von 1861—1870 — etwa 220 Mill. M. — nicht hinausgegangen wäre.

So bleibt zweifellos die Frage in betreff der wahrscheinlichen künftigen Gestaltung der Produktion der beiden Edelmetalle der Angelpunkt der Währungsfrage überhaupt. Die Goldgewinnung hat seit 1887 von Jahr zu Jahr zugenommen und wird 1894 einen Betrag erreichen, der vorher niemals, auch nicht in den Jahren der höchsten kalifornischen und australischen Produktion dagewesen ist. Wenn gleichwohl seit 1890 eine fortschreitende wirtschaftliche Depression zu beobachten war, so lag die Ursache sicherlich nicht in dem Mangel an Gold, sondern diese Erscheinung war einfach die schlimme Nachwirkung der Exzesse der Spekulation in den Jahren 1889 und 1890. Wird nun die Goldproduktion den jetzt erreichten Stand noch längere Zeit behaupten oder gar noch überschreiten? Und wird andererseits die Silberproduktion, die selbst im Jahre 1893 im ganzen noch gegen 1892 gestiegen ist, endlich in dem enorm

erniedrigten Preise eine Beschränkung finden? Die Bimetallisten möchten die erste Frage verneinen und die zweite bejahen und sie hofften eine Bestätigung ihres Standpunktes zu finden, wenn in der Kommission geologische Sachverständige über diese Punkte vernommen würden. In erster Linie wünschten sie die Zuziehung von E. Suefs, dessen Ansichten im allgemeinen schon aus seinen Schriften bekannt sind. Die Reichsregierung ging auf diesen Wunsch ein, doch wurden auf Antrag der Gegenpartei auch Prof. Stelzner aus Freiberg und Bergrat Schmeißer, der im Auftrag der preussischen Regierung eine Studienreise nach Transvaal unternommen hatte, zur Vernehmung eingeladen. Auch befanden sich ja unter den Regierungskommissaren als geologische und hüttenmännische Sachverständige die Herren Geh. Oberbergrat Hauchecorne, der bereits in einer wertvollen Denkschrift eine umfassende statistische Uebersicht der Edelmetallproduktion vorgelegt hatte, Geh. Bergrat Prof. Dr. Zirkel und der württembergische Münzwardein Dr. Klüpfel, und aus der Zahl der Kommissionsmitglieder reihte sich noch Geh. Bergrat Leuschner den bergmännischen Sachverständigen an.

So wurden nun, nachdem Graf Posadowsky in knapper und streng unparteiischer Weise die Verhandlungen über den bimetallistischen Antrag resümiert hatte, vier Sitzungen hauptsächlich mit technischen Darlegungen und Erörterungen ausgefüllt, von denen hier nur die allgemeinsten Ergebnisse angeführt werden können. Suefs hielt die Ansicht aufrecht, daß allerdings in den nächsten Jahrzehnten die Goldproduktion, hauptsächlich durch die Ausbeutung Afrikas, wohl noch zunehmen werde; aber wenn diese neue Welle vorübergegangen sei, so gebe es kein zweites Afrika mehr. Das Gold der alten Kulturländer sei schon seit langer Zeit, das brasilianische und das des östlichen Teils Amerikas seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts aufgezehrt. Je rascher man vordränge, um so rascher zehre man sein Kapital auf, und dann werde die Zeit vorüber sein, wo man überhaupt noch über Goldwährung diskutieren könne. Wann diese Zeit kommen werde, könne er nicht sagen, aber er glaube, daß in der letzten Zeit ihr Kommen sehr beschleunigt worden sei. Ueber Transvaal insbesondere äußerte sich Suefs ziemlich skeptisch, vielfach im Gegensatz mit der von Bergrat Schmeißer vorgelegten Denkschrift. Er hob namentlich hervor, daß die goldführende Konglomeratschicht von Witwatersrand — die er als eine fossile Seifenbildung betrachtet — wahrscheinlich nicht die regelmäßige und gleichmäßige Ausbreitung habe, die man etwa bei Kohlenflötzen findet. Daher seien die Schätzungen des Goldgehalts nach der äußeren Ausdehnung der Mulde und nach dem durchschnittlichen Gehalt der Schicht in den bearbeiteten Gruben sehr unsicher. Auch sei es sehr zweifelhaft, ob man die goldführenden Lager in Tiefen von mehr als 800 m, sogar bis zu 1200 m, wie Bergrat Schmeißer annehme, noch mit Erfolg und Vorteil ausbeuten könne; bisher sei nur ein Bohrloch niedergetrieben worden, das annähernd die erstere Tiefe, nämlich 2343 englische Fufs, erreiche. Daß auch die alten tiefliegenden Alluvien im Yubagebiet noch eine beträchtliche Goldreserve enthalten, giebt Suefs zu; aber man arbeite dort jetzt langsam die reichsten Stellen heraus und nach einiger Zeit würden diese Reserven aufgearbeitet sein. Der wichtigste

Fortschritt aber bestehe darin, daß man nunmehr gelernt habe, nicht nur die goldhaltigen Sulfide, die sich in größeren Tiefen unter dem sogenannten Hut finden, sondern auch die Tailings, das rückständige feinste Geschlemme auszubeuten. Wenn man hinsichtlich der Sulfide noch in dem Zustande wäre, wie vor 17 Jahren zur Zeit des Erscheinens des Buches über die Zukunft des Goldes, so würde der heutige Abbau in Witwatersrand nicht stattfinden; man würde nicht unter den Hut hinabgegangen sein. Auch hier sei eine Reserve, die jetzt in Angriff genommen worden sei. Was das Silber betreffe, so sei die außerordentliche Ausdehnung der Produktion desselben in den Vereinigten Staaten in den letzten 6—10 Jahren hauptsächlich dadurch befördert worden, daß man die in Gängen vorkommenden eigentlichen Silbererze, die sogenannten Dürrerze, nicht mehr, wie früher mittels der Amalgamation, sondern durch Schmelzung mit Zuschlag leichtflüssiger Bleierze, namentlich von Weißbleierzen verhüttet habe. Gegenwärtig seien die Lagerstätten dieser Zuschlagserze in Colorado größtenteils erschöpft und die Einfuhr mexikanischer Erze werde durch einen hohen Zoll erschwert. Da nun auch noch eine enorme Preiserniedrigung des Silbers eingetreten sei, so habe sich bereits eine Abnahme der Silberproduktion der Vereinigten Staaten herausgestellt und viele Gruben würden nur noch in Betrieb gehalten, um das Versaufen derselben zu verhindern und in der Hoffnung auf eine Besserung des Preises, wobei man aber keine weiteren Aufschlufsarbeiten mache. Wenn er vor 2 Jahren in seiner Schrift über die Zukunft des Silbers gesagt habe, der damalige Preis (von etwa 40 Pence) sei noch nicht niedrig genug, um eine bedeutende Beschränkung der Silberproduktion zu erzwingen, so sei jetzt, bei einem Preise von weniger als 30 Pence, wenigstens in den Vereinigten Staaten das Senkblei auf den Grund gestossen. Wenn es auch einzelne Gruben geben möge, die Silber vielleicht mit 30 Cents (etwa 15 Pence) Produktionskosten erzeugten, so könne doch die große Masse der Baue bei dem heutigen Preise nicht mehr lohnend betrieben werden. Die australische Produktion nehme ebenfalls ab, namentlich habe es sich bestätigt, daß die Gruben von Brokenhill ihren Reichtum in der Tiefe nicht bewahrten. In Mexiko allerdings gehe die Produktion nicht zurück, was zum Teil damit zusammenhänge, daß dort die Silberwährung bestehe, die bewirkt, daß die Löhne, nach Gold bemessen, sich weit niedriger stellen, als in den Vereinigten Staaten. Eine Steigerung des Silberpreises würde allerdings auch wieder eine Vermehrung der Produktion nach sich ziehen, namentlich in Mexiko und Peru. Im übrigen erklärt Suefs, daß er nicht für das Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$ sei und nie dafür gewesen sei. Er würde es für die Produktionsverhältnisse entsprechend halten, wenn ein mittleres Wertverhältnis zwischen dem früheren und dem gegenwärtigen angenommen würde, nämlich $1:23\frac{1}{4}$. Soetbeer habe sich zuletzt für $1:22$ entschieden. Es würde übrigens vielleicht zweckmäßiger sein, einen Teil dieser Verschiebung des Wertverhältnisses auf den Schlagschatz zu nehmen (also die Münzen nach einem dem Silber günstigeren Verhältnis auszuprägen, aber eine so hohe Prägegebühr zu erheben, daß der Marktwert des Barrensilbers sich dem vorgeschlagenen Verhältnis entsprechend stellen würde).

Die Herren Leuschner und Zirkel teilten im allgemeinen den Suefs'schen Standpunkt und fügten zur Begründung desselben manche weitere Mitteilungen bei.

Bergrat Schmeifser rechtfertigte mit Hilfe einer großen Spezialkarte des Witwatersrand-Distrikts seine Schätzungen über den künftigen Goldertrag desselben. Dieselben gehen dahin, daß der Goldvorrat bis zur Tiefe von 800 Metern einen Wert von 4289 Mill. M. darstelle und wenn man annehme, daß die bisherige durchschnittliche Zunahme der Gewinnung noch zehn Jahre fort dauere und dann ständig auf der erreichten Höhe bleibe, so würde die Erschöpfung dieser Lagerstätte in 25 Jahren zu erwarten sein. Bei der Voraussetzung einer Tiefe von 1200 Metern aber würde der Vorrat 7187 Mill. M. betragen und unter den eben gemachten Annahmen auf 40 Jahre ausreichen. Ueber die Ertragsfähigkeit und Nachhaltigkeit der übrigen Minenbezirke Transvaals, der De Kaapschen, Lydenburgschen, Klein-Letaba'schen und anderer Goldfelder sowie der südafrikanischen Gebiete im Norden Transvaals läßt sich noch nichts Genaueres feststellen. Professor Stelzner sprach sich in einer längeren Ausführung dahin aus, daß sowohl die Gold- wie die Silberproduktion einer bedeutenden weiteren Entwicklung fähig sei. Auch in der Zukunft seien noch „Ueberraschungen“ möglich, wie wir sie in Kalifornien und Australien, Nevada und Transvaal erlebt hätten. Auch auf weitere technische Fortschritte dürfe man rechnen, wie man ja erst seit 1890 durch das Cyanidverfahren die goldhaltigen Kiese fast vollständig zu verwerten gelernt habe. Weite Gebiete der Erde, wie z. B. das Innere von Brasilien, seien geologisch nur oberflächlich oder gar nicht durchforscht und könnten daher noch bedeutende Edelmetalllager enthalten. Die Ausbeutung der Silbergruben von Peru und Bolivia würden jetzt erst mit genügenden Mitteln in Angriff genommen. Vor noch nicht langer Zeit wären in Bolivia alle Erze und alles Wasser auf dem Rücken der Arbeiter in Ledersäcken aus den Gruben geschleppt worden und an vielen Punkten sei das einzige Brennmaterial Lamamist gewesen. Jetzt steige eine Bahn von Autofagasta 4000 m hoch hinauf und werde bald La Paz erreicht haben. Dampfer führen auf dem 3800 m hoch gelegenen Titicaca-See und von Puno aus führe eine zweite Bahn über Arequipa wieder zu dem Stillen Ozean. Die „Berggeschreie“ über fündig gewordene reiche Hüte würden allerdings in der Zukunft seltener werden, aber wir brauchten uns über die zukünftige Produktion von Gold und Silber noch keine Sorge zu machen. Uebrigens erklärt der Redner, daß er nur als Geologe und Bergmann, ohne Rücksicht auf die Währungsfrage gesprochen habe.

Bergrat Dr. Klüpfel hob die Verminderung der Produktionskosten des Silbers hervor, zu denen aufser der Einführung des Flammofenprozesses namentlich auch die Silbertrennung durch Zink gehöre. Dazu komme noch die Verbilligung der Transportkosten, die weit mehr auf das Silber als auf das Gold eingewirkt habe. Denn das Gold werde meistens an den Produktionsstätten auch fast vollständig zu gute gemacht; die großen Silberhütten dagegen befänden sich gewöhnlich nicht in der Nähe der Gruben, sondern zum Teil in großen Städten und sehr fern von den Produktionsstätten. Durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes aber seien

die Kosten des Erztransports in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren außerordentlich vermindert worden. Wenn der Silberpreis gegen Gold, wenn auch niedrig, nur überhaupt nur einigermaßen fixiert würde, so wäre eine große Vermehrung der Produktion zu erwarten, da diese gegenwärtig durch die Unsicherheit der Marktlage noch zurückgehalten würde.

Geh. Oberbergrat Hauchecorne ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Hebung des Silberpreises eine Vergrößerung der Produktion veranlassen werde. Wenn in den Vereinigten Staaten auch die früher bereits bearbeiteten Weisbleierz-Lagerstätten größtenteils erschöpft wären, so sei doch neuerdings auch wieder eine Reihe neuer Lager dieser Art gefunden worden. Ein großer Teil von Montana, daß so viel zur Vermehrung der Silberproduktion beigetragen habe, sei bergmännisch noch nicht untersucht und auch in den in Angriff genommenen Teilen stehe der Betrieb noch nicht auf der Höhe der Technik. In den Vereinigten Staaten seien 1891 40 Proz. des gesamten Silberbetrags aus Bleierzen, 10 Proz. aus Kupfererzen und 50 Proz. aus eigentlichen Silbererzen gewonnen worden. Die Selbstkosten hätten 1889 bei 155 Gruben, die im ganzen 43 Proz. der Gesamterzeugnisse lieferten, ohne Kapitalverzinsung durchschnittlich etwa 26 Pence für die Unze betragen und 1890 hätten sich diese Kosten für 32,5 Proz. des ganzen Produkts auf ungefähr 25 Pence gestellt. Für 1892 könne man annehmen, daß etwa die eine Hälfte des gewonnenen Silbers mit durchschnittlich 65 Cents (etwa 32,5 Pence nach dem Londoner Preise) und die andere Hälfte mit 90 Cents Kosten hergestellt worden sei. Demnach habe schon damals ein Teil der Werke mit Schaden gearbeitet.

Ueberblickt man das der Kommission vorgelegte Material und zieht die mittlerweile bekannt gewordenen weiteren statistischen Daten hinzu, so läßt sich nicht verkennen, daß gegenwärtig weniger als je von Goldknappheit die Rede sein kann. Die Produktion hat niemals einen höheren Stand erreicht als im Jahre 1894 und wahrscheinlich wird sie in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Nach dem neuesten Bericht des amerikanischen Münzdirektors über die Edelmetallproduktion betrug die Goldgewinnung im Jahre 1894 für die ganze Erde mit Ausschluss von China — dessen Ertrag der Münzdirektor auf 8426 000 Doll. veranschlagt — 147 Mill. Doll. oder 617 Mill. M., während sie in den Jahren 1856—60, in der sie ihr früheres Maximum erreicht nach Soetbeer jährlich durchschnittlich nur 564 Mill. und in der Periode 1851—1855 durchschnittlich nur 557 Mill. M. betragen hat. In den ersten acht Monaten des Jahres 1894 aber hat Witwatersrand bereits 1 317 026 Unzen geliefert und man darf annehmen, daß die gesamte Produktion Transvaals in diesem Jahre 2 Mill. Unzen erreichen wird, 500 000 Unzen mehr als 1893. Dazu kommt nun die in rascher Zunahme begriffene Goldproduktion Westaustraliens, die 1892 erst 59 500 Unzen betrug, 1893 aber schon auf 110 890 Unzen stieg und 1894 voraussichtlich noch wenigstens 100 000 Unzen mehr ergeben wird. Am wichtigsten ist das Grubenfeld von Coolgardie, wo ein Quarzgang bearbeitet wird, der im Ausgehenden bisher 8—12 Unzen Gold auf die Tonne Gestein geliefert hat. Auch Alluvialgoldlager sind vorhanden, die, wie so häufig, anfangs außerordentlich reiche Ausbeuten ergeben haben. Ein schwerer Mißstand für den

westaustralischen Bergbau ist der Wassermangel; doch sind die Gewinnaussichten so groß, daß sich ohne Zweifel genügende Kapitalien finden werden, um diesem Uebel abzuhelpen. Auch hat die Kolonialregierung bereits mit Erfolg Mafsregeln getroffen, um Wasser zuzuführen, das sie für $2\frac{1}{2}$ Shill. die 50 Gallons verkauft.

Wichtig für die Goldproduktion ist auch, daß nun endlich in Kalifornien der hydraulische Betrieb im Yuba Gebiet wieder aufgenommen werden kann. Der neueste Bericht des amerikanischen Münzdirektors enthält näheres über die Ausführung des im März 1893 vom Kongress angenommenen Caminetti Act, der unter gewissen Bedingungen und Beschränkungen, durch welche die Einführung des ausgewaschenen Materials in die schiffbaren Flüsse und die Beschädigung des Landes anderer Eigentümer verhindert werden soll, das hydraulische Verfahren wieder gestattet. Auf Grund dieses Gesetzes ist in Kalifornien eine sogenannte Débris-Kommission vom Präsidenten ernannt worden, die ermächtigt ist, Lizenzen für diesen Betrieb zu erteilen, wenn die nötigen Schutzanlagen nach den von der Kommission zu genehmigenden Plänen errichtet sind. Doch kann die Lizenz auch wieder zurückgenommen werden, wenn die Anlagen sich als ungenügend erweisen. Noch im Laufe des Jahres 1893 erhielten 20—39 große hydraulische Unternehmungen nach Errichtung der erforderlichen Dämme die nachgesuchte Lizenz und viele andere Anträge waren noch in der Schwebe. Die Wirkung auf die Produktion wird erst 1894 bemerklich werden und man darf annehmen, daß der jährliche Goldertrag Kaliforniens sich in der nächsten Zeit um 2—3 Mill. Doll. vermehren werde. Der in den tiefen Placers enthaltene Goldvorrat in den bisher von dem Verbot des hydraulischen Verfahrens betroffenen Bezirken wird auf 335 Mill. Doll. geschätzt. In mehreren Grafschaften ist das Verfahren immer unbeanstandet geblieben, weil dort die Rückstände nicht in schiffbare Flüsse geleitet wurden.

Im ganzen wird man die Goldproduktion für 1894 mit Ausschluss von China auf etwa 670 Mill. M. veranschlagen dürfen und in den nächsten Jahren ist vermutlich noch eine weitere Steigerung zu erwarten, sowohl weil Transvaal, Australien und Kalifornien den Höhepunkt ihrer Förderung noch nicht erreicht haben, als auch weil die bessere Verwertung der goldhaltigen Kiese durch das Cyanid- oder irgend ein anderes Verfahren auch in Amerika und Australien das Ausbringen vermehren wird. So mag in den nächsten Jahrzehnten eine durchschnittliche Jahresproduktion von 700—720 Mill. M. zu erwarten sein, d. h. ungefähr so viel, wie in den Jahren 1851—1865 die Durchschnittsproduktion von Gold und Silber (nach dem alten Wert) zusammen betrug. Aber Suefs ist andererseits vollkommen berechtigt zu sagen, daß die Goldgewinnung sich auf dieser Höhe nicht dauernd erhalten könne, daß vielmehr notwendig einmal ein Zeitpunkt kommen müsse, von dem ab sie dauernd zurückgehen werde und daß dieser Zeitpunkt um so näher rücke, je intensiver die Ausbeutung der erschlossenen Lagerstätten betrieben würde. Es mögen ja immerhin noch einige neue große Produktionsgebiete im Innern von Afrika, Brasilien, Australien entdeckt werden, aber mit jeder neuen Entdeckung dieser Art vermindert sich die Wahrscheinlichkeit einer weiteren, während anderer-

seits jedes im Abbau befindliche Goldfeld nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit notwendig erschöpft sein wird. Reicht ja der Goldgehalt des Witwatersrand nach der allergünstigsten Schätzung nur noch für einen Betrieb von 40 Jahren aus. Es ist also keineswegs übertrieben pessimistisch, wenn man den Wendepunkt für die definitive Abnahme der Goldproduktion nur um ein halbes Jahrhundert von der Gegenwart entfernt ansetzt. Aber die Abnahme bedeutet keineswegs das Aufhören dieser Produktion, es ist sehr wohl möglich, daß es ein zweites halbes Jahrhundert dauern wird, bis sie wieder auf den Stand, den sie in den achtziger Jahren eingenommen zurückgegangen ist und nichts beweist, daß sie auch in der ferneren Zukunft geringer sein werde als dem Bedürfnis der Kulturwelt entspricht zumal dann der vorhandene Vorrat noch enorm angewachsen sein wird. Es ist aber, wie schon früher bemerkt, sehr wahrscheinlich, daß der Verkehr sich im Laufe des nächsten Jahrhunderts wie jetzt schon vom Silber, so auch mehr und mehr vom Golde emanzipieren und rationellere Formen der Umlaufsmittel ausbilden werden.

Was die Silberproduktion betrifft, so ist sie in den Vereinigten Staaten allerdings im Jahre 1893 auf 1 866 000 k gegen 1 975 500 k im Jahre 1892, also um mehr als 100 000 k gesunken. Dieser Ausfall aber ist weit mehr als aufgewogen worden durch die Mehrerzeugung in Mexiko, dessen Produktion von 1 229 000 k in 1892 auf 1 380 000 k in 1893 gestiegen ist. Gerade von bimetallistischer Seite, insbesondere von Dr. Arendt, ist nachdrücklich hervorgehoben worden, daß in Mexiko die Silbergewinnung von dem Silberpreis wenig beeinflusst werde, weil der größte Teil der Produktionskosten in Silber bezahlt werde. Diese Ansicht ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt und eben deshalb darf selbst bei dem jetzigen niedrigen Preisstande noch ein weiterer Fortschritt der mexikanischen Silberproduktion erwartet werden, da der Reichtum dieses Landes an Silbererzen von mäßigem Gehalt praktisch unerschöpflich ist. Aber es folgt aus jenem Satze keineswegs, daß eine bedeutende Erhöhung des Silberpreises und vollends die Wiederherstellung des früheren Wertverhältnisses nicht eine weitere große Steigerung der Produktion auch in den amerikanischen Silberwährungsländern hervorrufen würde. Namentlich würde dann unfehlbar europäisches Kapital in großen Summen nach Mexiko fließen, um den dortigen Bergbau sowohl durch Eisenbahnbau, wie durch technische Verbesserungen und konzentrierteren Betrieb zu einem höheren Aufschwung zu bringen. Dasselbe gilt auch von den südamerikanischen Silberländern, unter denen Bolivia den ersten Rang einnimmt. Europäische Gesellschaften haben hier bereits mit mehr oder weniger Erfolg angefangen, einen rationellen Betrieb in Gang zu setzen und eine nachhaltige Besserung des Silberpreises würde unzweifelhaft auch hier große Kapitalien anlocken. In Australien ist die Silberproduktion auch im Jahre 1893 nach dem Bericht des amerikanischen Münzdirektors noch bedeutend gestiegen, nämlich auf 637 800 k gegen 418 000 k vom Vorjahre. Einen Hauptanteil an dieser Zunahme hatte die Mine der Broken Hill Proprietary Mining Co. (nicht zu verwechseln mit anderen Broken-Hill-Gruben), deren Ertrag nach der Hauchecorne'schen Denkschrift von 250 704 k im Jahre 1892 auf 388 729 k stieg. Man prophezeit

dieser Grube zwar vielfach einen baldigen Rückgang, fürs erste aber ist der 1892 eingetretene Ausfall im vorigen Jahre durch eine mehr als doppelt so große Zunahme ersetzt worden. Auch bleibt der Prozentsatz des Bleis an Silber seit 1886, nach dem Abbau der reichsten Erze des Ausgehenden ziemlich gleichmäßig und 1893 war er sogar höher, als in den Vorjahren. Die gesamte Silberproduktion der Erde wird in dem amerikanischen Bericht für 1893 auf 5 Mill. k veranschlagt, gegen $4\frac{3}{4}$ Mill. im Jahre 1892. Nach dem alten Werte stellt die erstere Gewichtsmenge 900 Mill., die letztere 855 Mill. M. dar. Die Einfuhr von Silber nach England ist bisher während des Jahres 1894 ungefähr so groß geblieben, wie 1893; da aber die Aufspeicherung auf Grund der Sherman-Akte — nebenbei gesagt, findet sich im amerikanischen Schatzamt die von den Bimetallisten vermifste Ansammlung von nicht oder schwer verkäuflichem Silber — jetzt aufgehört hat, so wäre eine stärkere Zufuhr nach England zu erwarten gewesen, wenn die nordamerikanische Produktion unverändert fortgedauert hätte, und man wird daher bis zum Einlaufen genauerer Nachweise annehmen dürfen, daß die Gesamtgewinnung von Silber sich für 1894 als niedriger herausstellen werde, als für 1893. Wann die jetzige niedrige Preislage sich dauernd behauptet, so wird für die nächsten Jahre ein weiterer Rückgang wahrscheinlich, da viele Werke, die jetzt in Erwartung besserer Zeiten noch weiter arbeiten, dann ihren Betrieb einstellen werden. Indes darf man den dadurch entstehenden Ausfall nicht zu hoch anschlagen; abgesehen davon, daß ein solcher in Mexiko und Südamerika der Silberwährung wegen vielleicht gar nicht entstehen wird, gilt im allgemeinen die Regel, daß die mit hohen Produktionskosten arbeitenden Minen verhältnismäßig auch nur einen geringen Teil zu dem Gesamtprodukt beitragen. Daß aber andererseits eine bedeutende Erhöhung des Silberpreises und vollends eine solche bis auf dem früheren Stand eine große Steigerung der Produktion auch noch über die Zahlen von 1893 hinaus verursachen würde, läßt sich bei unbefangener Beurteilung der Thatsachen nicht bestreiten und wird auch in einem interessanten Bericht des Berginspektors Wimmer in Eisleben, der der Kommission von bimetallistischer Seite vorgelegt worden ist, offen zugestanden. So sagt Wimmer von den Erzmassen, die sich lagerförmig in großer Ausdehnung zwischen den Schichten der paläozoischen Formationen eingedrängt haben, es sei bei ihrer meist flachen Lagerung ein geradezu unerschöpflicher Silbervorrat, wenn auch meistens in der Form armer Erze, in ihnen enthalten, der auch bergmännisch zugänglich sei und nicht in unerreichbarer Tiefe stecke. Von den eigentlichen Gängen, sowohl den silberhaltigen Blei- oder Kupfererze wie den eigentlichen Silbererze (Dürrerze) enthaltenden, werden, wie Wimmer ebenfalls bemerkt, viele schon in großen Tiefen bearbeitet, ohne daß sie vertauben. Daß die Dürrerze der Zusammenschmelzung mit Bleierzen bedürfen, kann der Ausdehnung der Silberproduktion nicht im Wege stehen, denn an Bleierzen ist Ueberfluß vorhanden, wann auch wirklich die besonders geeigneten Karbonatlager von Kolorado bald definitiv erschöpft sein sollten. Es wäre dies nur eine Frage der Erhöhung der Produktionskosten, die bei einer großen Steigerung des Silberpreises ihre Bedeutung verlieren

würde. Dafs in den gröfseren Tiefen statt des Bleies Zink als Begleiter des Silbers auftritt ist eine Schwierigkeit, die durch die neueren Fortschritte der Metallurgie als überwunden zu betrachten ist. Geh. Berg-rat Leuschner hob mehrfach hervor, dafs eine rasche Ausdehnung der Silberproduktion auch bei bedeutend erhöhtem Preise nicht möglich sei, weil dazu Aus- und Vorrichtungsarbeiten erfordert würden, die längere Zeit in Anspruch nähmen, zumal sie jetzt von vielen Gruben, die ihren Betrieb auf das notwendigste beschränken, unterlassen würden, und dafs es noch länger dauern würde, bis gänzlich aufgelassene Gruben wieder ihre Förderung aufnehmen könnten. Aber bei einer Preissteigerung des Silbers um 50 oder gar 100 Proz. seines jetzigen Marktwertes würde doch unzweifelhaft alles aufgeboten werden, um die Produktion sofort zu verstärken, wenn auch das Maximum der Erhöhung derselben erst in einigen Jahren zu erwarten wäre. Wie weit diese Vermehrung bei Wiederherstellung des alten Verhältnisses durch einen bimetallistischen Bund gehen würde, läfst sich nicht voraussagen, jedenfalls aber hätte man in diesem Falle von Anfang an mit einer jährlichen Silberproduktion nicht nur von $4\frac{3}{4}$ Mill. k, wie ich bisher auf Grund des Ergebnisses von 1892 angenommen habe, sondern von mindestens 5 Mill. k, also 900 Mill. M. nach dem alten Werte zu rechnen, und eine Steigerung derselben auf 6—7 Millionen in den nächsten Jahren würde bei dem möglichen enormen Gewinne vieler Gruben keineswegs unwahrscheinlich sein. Eine den Preis drückende Ueberfüllung des Silbermarktes, wie sie gegenwärtig so lange bestanden hat (wenn auch das Silber eben durch die Preiserniedrigung schliesslich immer Absatz gefunden hat), wäre unter dem bimetal-listischen System ja nicht mehr zu befürchten; das Silber wäre unmittelbar Geld und um so mehr würde man bestrebt sein, es mit möglichster Schnelligkeit aus der Erde zu ziehen, da jeder Zeitverlust auch einen Zinsverlust bedeuten würde. An dem Uebermafs der Silberproduktion, ganz abgesehen von den übrigen Schwierigkeiten, würde auch der Arendtsche Uebergangsantrag scheitern, mit dem sich die Kommission nach der Vernehmung der geologischen Sachverständigen in ihren beiden letzten Sitzungen beschäftigte. Nach demselben sollen möglichst viele Staaten, jedenfalls aber zunächst England, Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten sich vertragsmäfsig verpflichten, an bestimmten Stellen Silberbarren von mindestens 5 k Feingehalt unentgeltlich in Depot zu nehmen und dafür Certifikate auszugeben, die auch wieder gegen Silberbarren einlöslich wären. Diese internationalen Silbercertifikate sollen in jedem beteiligten Staate von bestimmten Kassen gegen Geld zu einem gleichen Preise angekauft werden. Der Preis wird jedes Jahr auf einer Konferenz festgesetzt und er darf innerhalb der Vertragszeit zwar erhöht, aber nicht wieder herabgesetzt werden. In allen vertragsschließenden Staaten sollen die Certifikate ohne Unterschied ihrer Herkunft dem Landesgelde bei der Deckung von Banknoten und Bankdepositen gesetzlich gleich gestellt werden. Im übrigen sollen sie jedoch keineswegs selbst als Geld dienen, vielmehr sollen sie Namenspapiere sein und eine Besitzübertragung nur mittels Gerierung stattfinden können. Der Vertrag soll auf fünf Jahre geschlossen und ein Jahr vor Ablauf kündbar sein. Findet

keine Kündigung statt, so läuft er auf je fünf Jahre weiter. Für den Fall der Auflösung aber soll das gesamte bei den Hinterlegungsstellen aller Staaten vorhandene Silber unter dieselben in der Art verteilt werden, daß für die eine Hälfte der Gesamtmenge die durchschnittliche Silberproduktion der betreffenden Staaten, für die andere aber die Bevölkerungszahl als Maßstab gilt. Die Certifikate sind von den einzelnen Staaten nach dem letzten Vertragspreis und dem angegebenen Verteilungsmaßstabe gegen Geld einzulösen. Jeder Staat hat dann selbst zuzusehen, wie er das ihm zufallende Silberquantum verwerten könne. Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Vertragsstaates soll dessen Anteil ebenfalls in obiger Weise zwischen den übrigen Staaten aufgeteilt werden. Aber eine solche Auflösung hält der Antragsteller für durchaus unwahrscheinlich, vielmehr glaubt er an ein kontinuierliches Steigen des Silberpreises während der Vertragsdauer. Wenn dann, durch dieses ermutigt, ein Vertragsstaat freie und unbeschränkte Silberprägung nach einem festen Wertverhältnis zum Golde einführt, so wird er von der Verpflichtung, Silberdepots zu unterhalten und Certifikate anzukaufen, entbunden, bleibt aber im Falle der Auflösung für die Depots und Certifikate in dem oben angegebenen Maße verantwortlich. Andererseits soll er verpflichtet sein, einen Schlagschatz für die Silberprägungen zu erheben, der dem Unterschiede zwischen dem angenommenen festen Wertverhältnis und dem jeweiligen Vertragspreis genau entspricht. Erreicht aber der Vertragspreis das Wertverhältnis $1:15\frac{1}{2}$, so soll nur dieses für die dann kostenlose Silberprägung in den Vertragsstaaten zulässig sein.

Dieser Vorschlag ist zwar sinnreich genug ausgedacht, aber bei näherer Betrachtung erweist er sich als höchst verwickelt, so daß eine praktische Ausführung noch schwieriger sein würde, als die des verhältnismäßig einfachen reinen Bimetallismus. Auch fand er in der bimetalistischen Gruppe selbst nur eine sehr geteilte Aufnahme und Herr Leuschner erklärt, daß wohl die Mehrheit derselben der Ansicht sei, daß diese Vorschläge trotz ihrer theoretischen Bedeutung praktisch nicht zu verwirklichen sein würden. Dr. Arendt nimmt in den Erläuterungen zu seinem Antrag selbst an, daß das Quantum des jährlich hinterlegten Silbers 2 Mill. k betragen könne und nach den gegenwärtigen Aussichten der Silberproduktion wird man die Ziffer bei der vorausgesetzten Preissteigerung als Minimum betrachten müssen. Schon der Eindruck, den eine solche jahraus jahrein fortdauernde Ansammlung von gänzlich brach liegendem, für keinen sonstigen Zweck — denn alle möglichen Verwendungen sind schon in Rechnung gebracht — brauchbarem Silber macht, müßte ein äußerst ungünstiger sein und könnte leicht die Auflösung des Vertrags veranlassen, wie in Amerika die Sherman-Akte hauptsächlich durch das Schauspiel der großen Silberansammlung diskreditiert worden ist. Ferner aber würde sich diese Silberansammlung in sehr ungleichzeitigen Weise verteilen: sie würde sich hauptsächlich konzentrieren auf die Produktionsländer, also die Vereinigten Staaten und Mexiko, wenn dieses ebenfalls beitreten sollte. Die Certifikate aber würden nach Europa gehen und sich hier in den großen Banken ansammeln. Für diese würden sie aber ein keineswegs zweckmäßiges Notendeckungsmittel bilden, ebenso wenig

wie etwa englische Konsols, obwohl deren Sicherheit ja auch unzweifelhaft ist. Sie könnten eben als Deckungsmaterial nicht dem baren Gelde gleichgestellt werden, weil sie ja eben kein Geld sein sollen und nicht die Liquidität und Zahlungskraft des Geldes besäßen. Und wie soll der Ankauf der Certifikate gegen Geld bei den Staats- oder Bankkassen gesichert werden? Nach dem Antrage soll derselbe nicht ausschließlich gegen Gold, sondern gegen Landesgeld nach dem gleichmäßigen Wechselkurs auf London stattfinden. Dann wäre aber England das einzige Land, das unbedingt die Certifikate in Gold bezahlen müßte, während Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten auch Silber und andere Länder uneinlösliches Papiergeld verwenden könnten. Die Forderung, daß die Certifikate ausschließlich in Gold auszuzahlen wären, würde sich als unerfüllbar erweisen; in jedem Falle aber würde England die Haupteinlösungsstelle für die Certifikate bilden und jederzeit zu gewärtigen haben, daß ihm große Goldsummen gegen solche entzogen würde. Namentlich würde auch Amerika immer imstande sein, aus Europa und in erster Reihe wieder aus England beliebige Mengen Gold herbeizuziehen. Denn man könnte dort den Wechselkurs jederzeit zum Umschlagen bringen, indem man sich gegen Hinterlegung von neuem Silber Certifikate verschaffte, die unmittelbar mit den Sichtwechseln auf Europa konkurrieren und die schließlich zur Einlösung gegen Gold nach London geschickt werden würden. Allerdings bildet auch jetzt England die Centralstelle für die internationale Goldverteilung, aber es findet dabei seinen Vorteil, während es unter dem Arendt'schen System in seinem Goldbesitz von den Silberproduktionsländern abhängig sein würde. Es erscheint daher schon deshalb ausgeschlossen, daß England sich an diesem System beteiligen sollte. Was der vertragsmäßig festzusetzende Preis der Certifikate — und folglich auch des Silbers — betrifft, so sollte nach dem ursprünglichen Arendt'schen Antrag zuerst der Durchschnittspreis angenommen werden, den das Silber in den drei Monaten zwischen der Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Vertrags in London erzielt hätte. Da aber unter solchen Umständen unzweifelhaft ein schwindelhaftes Emportreiben des Silberpreises stattfinden würde, so schlägt der Verfasser in seinen Erläuterungen in zweiter Linie vor, etwa mit 40 Pence zu beginnen — um wenigstens die Wirkung der Schließung der indischen Münzstätten und der Aufhebung der Sherman-Akte auszugleichen — und dann jährlich den Vertragspreis um 2 Pence zu steigern, wenn die Gesamtdespositen weniger als 1 Mill. k für das Jahr betragen hätten und der Londoner Silberpreis nie mehr als 1 Penny unter den Vertragspreis gesunken wäre. Aber bei diesem Verfahren würde es für die Silberminenbesitzer entschieden lohnend sein, nötigenfalls mit Beihilfe von seiten geldvorschießender Kapitalisten, einen Teil ihres Produktes nicht zu hinterlegen, sondern zurückzuhalten oder auch ihre Produktion zu beschränken, so daß die Bedingung der Preissteigerung jedenfalls erfüllt würde. Wenn dann das vierte Vertragsjahr ohne Kündigung abgelaufen wäre, so hätten die Silberbesitzer wenigstens sechs Jahre vor sich, um nicht nur das aufgespeicherte Metall, an dem sie wenigstens keine Zinsen verloren hätten, sondern auch die weitere mit aller Anspannung zu betreibende Produktion zu einem

bedeutend erhöhten festen Preise zu verwerten. Ebenso würde es sich lohnen, worauf Herr Generalkonsul Russell aufmerksam machte, Silber aus Indien, China u. s. w. herbeizuschaffen, um es im fünften Jahre des Vertrags zu 48 Pence zu verkaufen, mit der Aussicht, nach Auflösung des Vertrags, es vielleicht zu 20 Pence zurückkaufen zu können. Infolge solcher Spekulationen könnte auch der die beteiligten Staaten bei der Auflösung des Verbandes treffende Verlust außerordentlich viel größer werden, als Dr. Arendt ihn veranschlagt.

So hatte der Arendt'sche Vorschlag kein besseres Geschick als die übrigen Vermittlungsanträge: außer seinem Urheber trat niemand für ihn auf. Da weitere Vorschläge nicht gemacht wurden, so konnte die Thätigkeit der Kommission mit der 21. Sitzung am 6. Juni abgeschlossen werden. Der Vorsitzende konstatierte in seinem Schlusswort, daß in drei Punkten Uebereinstimmung bestanden habe: in der Anerkennung gewisser Schädigungen, die für unseren Außenhandel wie auch für unser inneres Gewerbsleben durch den schwankenden und niedrigen Silberpreis entständen; ferner in der Anerkennung, daß Deutschland allein nicht in der Lage sei, wirksame Mafsregeln zur Hebung des Silberwertes zu ergreifen, und daß drittens eine solche Hebung auf dem Wege der Monopolisierung, Kartellierung oder Regalisierung der Silberproduktion jedenfalls nicht zu erreichen sei. Streitig aber seien die Fragen geblieben, ob und wie eine Steigerung des Silberpreises der freien Produktion gegenüber erreichbar sei, welches Gewicht die durch die Silberentwertung geschädigten Interessen gegenüber den wirtschaftlichen Gesamtinteressen besäßen, welches Wertverhältnis der beiden Edelmetalle für eine internationale Regelung vorzuschlagen wäre und ob nicht die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Heilmittel vielleicht gefährlicher seien als die Silberkrankheit selbst. Wie man auch zu der Währungsfrage stehe, man werde zugestehen müssen, daß die Uebelstände auf dem monetären Gebiete schon wegen unseres internationalen Verkehrs außerordentlich schwer zu beseitigen seien, selbst wenn man ihre letzten Ursachen richtig erkannt hätte; daß man mit diesen Fragen nicht Mißstände identifizieren dürfe, die bei vorurteilsloser Beurteilung nur teilweise auf das Wesen des Geldumlaufs zurückzuführen seien; daß, selbst wenn der Versuch internationaler Vereinigungen auf entsprechend begrenztem Gebiete Aussicht auf Erfolg bieten sollte, doch Befürchtungen und Zweifel entstehen könnten, die selbst beim Mangel jeder sachlichen Berechtigung auf unser Kreditwesen und damit auf unser Erwerbsleben zurück wirken könnten. Die Frage der Silberentwertung sei keine parteipolitische, sondern eine rein wirtschaftliche; die Kommissionsmitglieder würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie in den Kreisen ihres Einflusses dazu beitrügen, die Ueberzeugung von der Vielseitigkeit der Silberfrage und den Schwierigkeiten ihrer praktischen Lösung zu verbreiten und damit auf deren sachliche, nüchterne Beurteilung hinzuwirken. Die Reichsregierung werde die der Kommission unterbreiteten Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Dr. Bamberger sprach als ältestes Mitglied der Kommission im Namen derselben dem Vorsitzenden für die vortreffliche und musterhafte unparteiische Leitung der Verhandlungen lebhaften Dank aus und fügte in

launiger Weise hinzu, wenn es Sitte wäre, einem Vorsitzenden eine Denkmünze zu überreichen, so müßte diese im vorliegenden Falle aus jenem Elektron — der natürlichen Mischung von Gold und Silber — sein, das im 5. und 6. Jahrhundert v. Chr. das erste Edelmetallgeld gewesen und sogar schon die Grundlage eines Münzvertrags zwischen mehreren kleinasiatischen Stadtstaaten gebildet habe. Die schlaunen Karthager hätten diese Mischung auch schon künstlich dargestellt, so daß also auch damals schon die Gefahr der „echten Nachprägung“ bestanden hätte. Ein ähnlicher Münzreformvorschlag sei glücklicherweise in der Kommission nicht aufgetaucht, obwohl sowohl Cernuschi als auch Hertzka in der That die Annahme einer Gold- und Silberlegierung zur Lösung der Währungsfrage empfohlen hätten.

Noch ein anderer Vorschlag ist in der Kommission unberührt geblieben, obwohl er in der Presse auch in der neuesten Zeit noch Verteidiger gefunden hat. Es ist der früher namentlich von A. Eggers, kürzlich auch in einer Broschüre „Nummus orbis terrarum“ (Köln 1894, von Göcke), in der *Revue des deux Mondes* von R. G. Levy und neuestens auch vom Herzog von Noailles empfohlene Projekt einer silbernen internationalen Handelsmünze ohne festes Wertverhältnis zum Golde. Es würde ja an sich wohl nicht schwer sein, alle Kulturstaaen für den Versuch zu gewinnen, solche Münzen nach einem gemeinschaftlichen Typus gegen eine geringe Gebühr oder vielleicht sogar unentgeltlich für jeden, der Barrensilber einlieferte, in beliebiger Menge zu prägen; aber wenn man dem Plane in der Kommission nicht näher getreten ist, so erklärt sich dies wohl daraus, daß man der Ansicht war, auf diesen Wege sei weder eine nennenswerte Hebung noch eine Befestigung des Silberwerts erreichbar. In den Ländern mit Goldwährung oder Goldrechnung würden diese Silbermünzen einen veränderlichen Kurswert haben und daher für den inneren Verkehr gänzlich unbrauchbar sein. Denn von den Funktionen des Geldes ist die als Wertmaß gegenwärtig noch weit wichtiger als die als Umlaufmittel, und der Verkehr verlangt unbedingt die Einheitlichkeit des Wertmaßes, weshalb er sich in den Staaten mit hinkender Währung auch die starke Ueberwertung des Silberkreditgeldes, durch die es eben in ein festes Verhältnis zum Golde gebracht wird, gefallen läßt. Mit dieser notwendigen Einheit des Wertmaßes würde es aber auch unvereinbar sein, daß die Geschäfte und Verträge nach dem Belieben der Beteiligten auf Gold oder Silber abgeschlossen würden. Es handelt sich für den Zahlungsempfänger überhaupt nicht um das eine oder das andere Metall, sondern um eine Anzahl von Werteinheiten, deren Uebertragung übrigens auf mannigfaltige Art stattfinden kann. Auf die frühere Parallelwährung in Norddeutschland kann man sich nicht berufen; denn sie bestand einerseits unter weit einfacheren Verkehrsverhältnissen und ist durch die steigende wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts von selbst allmählich zu Gunsten der einheitlichen Silberwährung verschwunden; außerdem aber war zur Zeit ihres Bestehens das Wertverhältnis der beiden Edelmetalle nur wenig veränderlich. Was aber die Verwendung der internationalen Silbermünze für den auswärtigen Handel betrifft, so kann dabei nur Asien in Betracht kommen, da Mexiko und Südamerika auf einen regelmäßigen Ausfuhrüberschuß von Silber

angewiesen sind, Australien effektive reine Goldwährung besitzt und die europäisch civilisierten Länder Afrikas ebenfalls schon infolge der süd-afrikanischen Produktion die Goldwährung behalten werden, die Gebiete mit halbcivilisierter oder halbwilder Bevölkerung aber für Metallgeld überhaupt nur eine geringe Aufnahmefähigkeit besitzen. Weshalb aber nach Asien mehr Silber in der Form der neuen Münze als bisher in Barren und Piastern gehen sollte, ist gar nicht einzusehen und die bisher gemachten Versuche haben gezeigt, daß der Wert des Silbers auf diesem Wege nicht beeinflusst werden kann. Der amerikanische Trade Dollar konnte sich neben dem mexikanischen Piaster in China nicht einbürgern, obwohl er mehr Silber enthielt als dieser, und man mußte diese Münzen schließlich wieder einziehen, weil sie massenhaft mißbräuchlicher Weise zu dem Kreditwerte des Standard Dollar in den inneren Verkehr der Vereinigten Staaten eindringen. England hat die Prägung des Hongkong Dollars nach wenigen Jahren wieder aufgegeben und läßt in den Straits-Settlements die mexikanischen Piaster in Umlauf. Gegenwärtig soll es allerdings beabsichtigen, einen Versuch mit der Prägung von Silberdollars zu unternehmen. Die von Frankreich für Annam und Tonking geprägten Piaster spielen ebenfalls neben den mexikanischen eine untergeordnete Rolle und die österreichischen Levantinerthaler können ebenso wenig wie die Rupien der deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft mehr Silber nach dem Osten führen, als auch sonst in anderer Gestalt dorthin fließen würde. In China hat sich neben dem noch vorherrschenden Barrensilber als Umlaufmittel nur der mexikanische Piaster wirklich eingebürgert. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß ein internationaler Piaster diesen leicht verdrängen könnte, denn er verdankt seine Bevorzugung nur dem Umstande, daß er der unmittelbare Nachfolger des alten ebenfalls aus Mexiko stammenden spanischen Säulenpiasters ist und die Chinesen sich schon seit langer Zeit an diesen gewöhnt hatten. Er erzielt jetzt zuweilen infolge einer zeitweise erscheinenden relativen Seltenheit ein Agio von einigen Prozent; bei einem von allen Staaten geprägten internationalen Piaster aber könnte eine solche relative Seltenheit nicht vorkommen und sein Handelswert würde daher immer, abgesehen von dem Einfluß der Prägegebühr, einfach seinem Barrensilberwert entsprechen. In Niederländisch-Indien und, so lange das Gesetz vom 26. Juni 1893 in Kraft bleibt, auch in Britisch-Indien wäre der internationale Piaster nicht zu brauchen, weil die dort umlaufenden gesetzlichen Silbermünzen einen erhöhten Kreditwert haben und die Handelsmünze diesen gegenüber einen veränderlichen Kurs erhalten würde. Wenn übrigens die bedeutenderen Staaten die Ausgabe einer silbernen Handelsmünze, statt wie bisher, vereinzelt, gemeinschaftlich unternehmen wollten, so wüßte ich nicht, was sich grundsätzlich dagegen einwenden ließe. Auf den Silberwert würde diese Maßregel, wie gesagt, keinen oder nur einen höchst geringfügigen Einfluß ausüben, aber sie würde vielleicht einen passenden formalen Abschluß der Bestrebungen zu einer internationalen Lösung der Silberfrage bilden. Man könnte doch nicht mehr von einer Aechtung des Silbers reden, wenn alle Kulturstaaen dem Weltverkehr eine von allen anerkannte unbeschränkt und frei prägbare Münze zur Verfügung stellten, die aber freilich ihren Wert in sich selbst tragen und sich ohne die Krücke eines

festen gesetzlichen Wertverhältnisses gegen Gold behelfen müßte. Man könnte ihr auch im Inlande, was sich eigentlich von selbst versteht, gesetzliche Zahlungskraft für die etwaigen ausdrücklich auf Silber lautenden Verpflichtungen verleihen. Wenn sich dann, was ich für zweifellos halte; dennoch die monetäre Verwendung von Silber nicht wesentlich erweitert, so wird man die Schuld doch nicht mehr der Goldwährung zuschieben dürfen, sondern sie in der geringeren Tauglichkeit des Silbers für die Geldfunktion auf den höheren Stufen der wirtschaftlichen Kultur suchen müssen.

Erwägt man unbefangen den heutigen Zustand der Dinge, insbesondere die unerwartet günstigen Aussichten der Goldproduktion für die nächsten Jahrzehnte, so wird man es für fast gewiß halten, daß überhaupt keinerlei internationale Maßregeln zu Gunsten des Silbers stattfinden werden. Der Silberpreis ist infolge des japanisch-chinesischen Kriegs wieder über 29 und zeitweise sogar bis 30 Pence gestiegen und man darf annehmen, daß die größere Silberausfuhr nach China fort dauern und teilweise einen Ersatz für die zu erwartende Verminderung der Ausfuhr nach Indien liefern werde. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Silber auch unter den seit 1893 bestehenden Verhältnissen nicht unter 25 Pence sinken, sondern daß bei diesem Preise sich ein gewisses Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion bilden werde. Ob die Schließung der indischen Münzstätten gegen das Silber sich endgiltig aufrecht erhalten lassen werde, ist noch abzuwarten; würden sie wieder geöffnet, so würde sich der Silberpreis dauernd wohl um 3—4 Pence höher stellen. Aber auch im anderen Falle würde das Silber in China, Hinterindien, wahrscheinlich auch in Japan und in Mexiko Zahlungsmittel bleiben; in dem abendländischen Kulturgebiet aber wird es nur noch in untergeordneter Weise für Scheidemünzen Verwendung finden, und zwar in den international verschuldeten Ländern nicht neben Gold, sondern neben Papiergeld. Ob diese Lösung der Währungsfrage die an sich wünschenswerteste ist, soll hier nicht untersucht werden, aber ich halte sie, wie gesagt, für die wahrscheinlichste, und zwar keineswegs, wie mir von bimetallistischer Seite vorgehalten worden ist, aus Aerger über das Geschick meines Antrags. Alle Mitglieder der Kommission werden mir bezeugen können, daß ich dieses Geschick mit dem besten Humor aufgenommen habe. Ich habe in der That nie einen praktischen Erfolg dieses Antrags erwartet und daher auch gleich im Anfange der Diskussion (2. Sitzung, Protokolle S. 38) gesagt, nach der Bemerkung, ich wisse nicht, ob die anderen Staaten bereit sein würden, auf solche Maßregeln einzugehen: „Ich halte es, offen gestanden, nicht für sehr wahrscheinlich. Ich glaube, daß alle solche internationale Maßregeln nach den bisherigen Erfahrungen auf viel größere Schwierigkeiten stoßen werden, als die Freunde des Silbers annehmen, was ich meinerseits bedauere; aber die Thatsache wird sich in der Erfahrung, sobald neue Versuche gemacht werden, bald herausstellen“. Auch schon früher habe ich mehrfach meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nichts in der Silberfrage geschehen werde und alle bisherigen Erfahrungen haben mich in dieser Ansicht nur befestigen können.
